Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer sechstheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Breslauer Zeitung.

№ 39. Sonnabend den 8. Februar 1851.

Telegraphische Nachrichten.

Hamburg, 6. Febr. Die gestern mitgetheilte Nachricht, daß Friedrichsort bereits von den dänischen Truppen besetzt sei, ist verfrüht.

Paris, 5. Febr. Abends 8 Uhr. Die Mitglieder der Dotationskommission sind gewählt; 13 gegen 2 sind dotationsfeindlich. Die Minorität will die Dotationsvertagung bis zur Wahl eines definitiven Ministeriums. — Man unterhält sich erneut davon, daß das Elysee eine National-Subskription vorbereite.

London, 4. Febr. Die Thronrede spricht sich gemäßigt gegen die katholische Anforderung aus, beglückwünscht das Ende des schleswig-holsteinischen Krieges und hofft, daß die Stärke des Bundestages die Unabhängigkeit der Einzelstaaten berücksichtigen werde.

Stettin, 6. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen 32, pr. Frühjahr 32¼, pr. Mai 32¾ Geld. Rüböl 9½, pr. Frühjahr 10, pr. Herbst 10½. Spiritus 24½, pr. Frühjahr 23½ Geld.

Kassel, 5. Februar, Abends 9 Uhr. Durch Ministerial-Ausschreiben wurde bekannt gemacht, daß die Einberufung des Landtages zum festgesetzten Termin nicht erfolgen könne. Die Wahlen unterbleiben somit. (S. Deutschland.)

Paris, 4. Februar, Abends 8 Uhr. Die Journale sprechen sich zum größten Theil gegen die Dotation aus, auf der Börse erwartet man, daß dieselbe angenommen werde. Bei einer etwaigen Verwerfung soll bereits von einem Ministerium Billault, Fould, Royer die Rede gewesen sein. — Einem Gerüchte zufolge würde am 24. d. M. eine Amnestie erfolgen. In der Nationalversammlung fand wegen Mauguins Schuldverhaftung eine Debatte statt, sein Gläubiger erklärt brieflich, aus Achtung vor der Versammlung von der Verfolgung abstehen zu wollen.

Paris, 4. Februar, Nachmittags 5 Uhr. 3% 58, 30. 5% 96, 95. (Const. Ztg.)

Uebersicht.

Breslau, 7. Februar. In der gestrigen Sitzung der ersten Kammer legte der Finanz-Minister dem Hause den Rechenschaftsbericht über die Verwendung der durch das Gesetz vom 7. März 1850 zur Deckung des Militäretats bewilligten Anleihe von 18 Millionen vor. Diese sind durch die laufenden Mehrausgaben, sowie durch die Mehrausgaben in Folge der Mobilisirung bereits vollkommen verwendet. Die zum Militärbedarf noch nothwendige Summe wird ungefähr 14 Millionen betragen, was jedoch jetzt noch nicht festgestellt werden kann. Nach dieser Mittheilung des Ministers begann die Kammer die Debatte über die Verordnung vom 2. Januar 1849, betreffend die Aufhebung der Privatgerichtsbarkeit 2c.

Das C. B. will wissen, daß von Frankreich eine Note bei sämmtlichen deutschen Höfen gegen den Eintritt Oesterreichs mit seinen Gesammtstaaten in den deutschen Bund eingegangen sei.

Aus Kassel erhalten wir das Ministerialschreiben, welches bekannt macht, daß die Einberufung des Landtages zu dem festgesetzten Termine nicht erfolgen kann. Graf Leiningen gestattet es nicht.

Die badensche zweite Kammer hat ihre Geschäfte auf dem gegenwärtigen Landtage beschlossen.

Die Besetzung Rendsburg durch die Oesterreicher und Preußen erfolgt am 8. — Friedrichsort ist von den Dänen besetzt. — Viele Besorgnisse sind in Betreff der Anerkennung der schleswig-holsteinischen Kassenanweisungen durch die neue provisorische Regierung rege geworden. Dieselben sind zwar de facto anerkannt worden, allein bei der der neuen Regierung beigelegten weitgreifenden Befugniß, alle Gesetze, die nach dem März 1848 erlassen, aufheben zu können, liegt auch dieses Gesetz unzweifelhaft darin einbegriffen. Viele Offiziere der schleswig-holsteinischen Armee wenden sich nach Norwegen. — Die oberste Civilbehörde für Holstein, nämlich die beiden Bundeskommissarien und der Graf v. Reventlow-Criminil sollen von Kiel nach Altona übersiedeln. — Lübeck ist von Oesterreichern besetzt.

In Paris beschäftigt man sich unausgesetzt mit der Dotationsfrage.

Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

Erste Kammer.

Sechszehnte Sitzung vom 6. Februar.
Präsident Graf Rittberg.

Tagesordnung: Bericht der Kommission für Rechtspflege, betreffend die vorläufige Verordnung vom 2. Januar 1849, über die Aufhebung der Privatgerichtsbarkeit und des eximirten Gerichtsstandes, so wie die anderweite Organisation der Gerichte.

Die Sitzung wird um 10¼ Uhr eröffnet. Auf der Ministerbank: die Herren Simons, v. Rabe und v. Westphalen. Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und genehmigt. Einige Urlaubsgesuche werden bewilligt. — Der Finanzminister überreicht die bereits der zweiten Kammer übergebene Denkschrift, betreffend die Verwendung des Kredits von 18 Millionen zu Militärzwecken. — Es soll hierauf zur Tagesordnung geschritten werden; ein Mitglied bezweifelt jedoch die Vollzähligkeit der Kammer und beantragt den Namensaufruf. Letzterer ergiebt 102 Anwesende, die Kammer ist also beschlußfähig. — Der Justizminister zeigt an, daß bei der heutigen Debatte über die Justizorganisation der geh. Justizrath v. Hagen als Kommissarius des Staatsministeriums fungiren wird.

Der Referent Abg. Bergmann liest hierauf den Eingang des Berichtes vor, in welchem die Kommission die Genehmigung der Verordnung vom 2. Januar 1849 im Ganzen beantragt, und nur einige Zusätze in besonderen §§ zur Annahme empfiehlt. Die allgemeine Diskussion wird hierauf eröffnet.

Abg. v. Gerlach bittet um Nachsicht, wenn er bei dem vorliegenden Gegenstande sich weiter ausbreite, als er sonst thue. Das in Rede stehende Gesetz sei eines der wichtigsten, welche der Kammer vorgelegen. Institutionen seien dadurch beseitigt worden, welche so alt seien wie der preußische Staat selbst. Der Redner verbreitet sich nun über den Geist des Gesetzes im Allgemeinen. Er rügt die Uebelstände, welche das neue Gesetz herbeiführe. Er bezeichnet als solche die große Entfernung der Gerichte von den Wohnsitzen der Gerichtseingesessenen, die gänzliche Unbekanntschaft der Richter bei den Insassen, den schleppenden Gang des kollegialischen Verfahrens, endlich die hohen Sporteln. Viele ließen jetzt lieber ihr Recht fahren, als daß sie zu so beschwerten Mitteln zur Feststellung desselben ihre Zuflucht nähmen. — Auf dem zweiten vereinigten Landtage von 1848, dem traurigsten in der preußischen Geschichte, habe man leichtsinnig Rechte, die Pflichten gewesen, aufgegeben. Mit auffallender Leichtigkeit hätten die Gutsherren die ihnen zustehende Gerichtsbarkeit aufgegeben, so daß die Bauern gesagt, die Gutsherren hätten sie an den Staat verkauft. Erst als das „Schneiden ins Fleisch" begann, erwachte die konservative Partei. Er wolle mit dem Gesagten keine Anklage gegen das Ministerium aussprechen — das Gesetz sei jetzt seit zwei Jahren eingeführt. Er habe sich nicht gegen dasselbe eingeschrieben, sondern wolle nur auf die wahre Sachlage aufmerksam machen. Der Redner führt hierauf den Gedanken aus, daß auf die Patrimonialgerichtsbarkeit zurückgegangen werden müsse, nur so könne eine gesunde Rechtsbasis geschaffen werden. Er weist namentlich die französische Idee des pouvoir judiciaire als ungermanisch zurück. Schließlich erinnert der Redner an die Bedeutung des heutigen Tages. Es sei der 6. Februar, der Jahrestag der Beschwörung der Verfassung. Der König habe dieselbe in der Hoffnung beschworen, daß sie in Zukunft zu einer lebensfähigen gemacht werden würde. Man befinde sich also nicht am Abschlusse der Verfassung, sondern am Anfang der Verfassungsentwickelung. Er fordert daher die Versammlung auf, dem Minister zu helfen, der mit der Revolution gebrochen, und zwar nicht allein mit der von 1848, sondern auch mit der vor 1848. Möge man mit vollem Vertrauen zu der Regierung stehen, dann werde auch dieses Gesetz heilsam wirken, dann werde man wahrhaft reagiren, nicht blos bis zum Jahre 1848, sondern bis zu den alten Zuständen deutschen Rechts und deutscher Freiheit.

v. Brünneck: Lange vor dem Jahre 1848 seien auf dem ostpreußischen Landtage Anträge in Betreff der Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes und der Patrimonialgerichtsbarkeit gestellt worden, und als dies nicht zu erreichen war, sei in einem Kreise mit dem königlichen Gerichte ein Privatvertrag geschlossen worden.

v. Itzenplitz weist verschiedene Beschuldigungen v. Gerlachs zurück. Die Patrimonialrichter, habe der Vorredner gesagt, hätten nicht ihre Pflicht gethan; er müsse diesen Vorwurf für sich, seine Vorfahren und Standesgenossen zurückweisen. Auch das sei unrichtig, daß die Gutsherren die ihnen zustehende Gerichtsbarkeit leichtsinnig geopfert hätten. Man habe sie nicht darum gefragt und die Herrenkurie des ersten vereinigten Landtags habe aus den Patrimonialgerichten etwas Lebensfähiges machen wollen. Endlich sei es auch nicht richtig, daß die Klagen über das neue Gesetz allgemein seien. In seinem Kreise wenigstens habe er keine einzige Klage vernommen. Nur die Organisation der Polizei-Anwaltschaften ließe Manches zu wünschen übrig.

v. Sybel verbreitet sich über den Segen, den, nach Aufhebung der Privatgerichtsbarkeit, die Friedensgerichte in der Rhein-Provinz gehabt hätten.

v. Gerlach erklärt, er habe nicht dem Grafen Itzenplitz und dessen Freunden die Schuld zugeschoben, sondern dieselbe für sich und seine Freunde beansprucht. (Heiterkeit.)

Abg. Spange vertheidigt das Gesetz, durch dessen Vorlage ganz allein schon das Ministerium sich verdient gemacht habe.

v. Vincke hebt die Mißbräuche hervor, welche die Abschaffung der Patrimonialgerichtsbarkeit nothwendig machten. Dieselbe mußte aufhören, sobald das frühere Verhältniß von Herren und Unterthanen aufgehoben. Die Patrimonialgerichtsbarkeit habe auch ihre guten Seiten gehabt, letztere könnten aber auch auf das neue Verfahren übertragen werden, wozu es nur der Mitwirkung der früheren Gerichtsherren bedürfe.

v. Tepper weist nach, daß bei dem neuen Verfahren sich schon jetzt herausstelle, wie die Rechtspflege eine promptere sei, als früher. Das vorliegende Gesetz entspreche den in der Verfassung angegebenen Grundzügen und trage mit dazu bei, zu verhindern, daß die Verfassung ein Stück Papier und nichts als ein Stück Papier sei.

Goltdammer sucht die Bemerkung Gerlachs zu widerlegen, daß die Gutsherren mit dem Rechte der Patrimonialgerichtsbarkeit Pflichten aufgegeben hätten. Im Süden und Westen Deutschlands sei die Patrimonialgerichtsbarkeit ein Recht des Eigenthums gewesen. Anders im Osten Deutschlands, nämlich in den Ländern jenseits der Elbe und Weser. Hier sei die Patrimonialgerichtsbarkeit lediglich ein Ausfluß der landesherrlichen Gerichtsbarkeit gewesen. Der Redner führt dies durch historische Daten näher aus.

v. Manteuffel will Zeugniß ablegen von der hohen Zufriedenheit, die in vielen Theilen des Landes mit der Patrimonialgerichtsbarkeit früher geherrscht habe, und sucht alsdann die von Vincke gerügten Uebelstände derselben zu widerlegen. Wenn die Kammer lediglich nach Popularität zu streben hätte, so würde er nichts besseres empfehlen können, als die Patrimonialgerichtsbarkeit wieder herzustellen. Der bäuerliche Stand würde dies mit der größten Freude aufnehmen.

v. Zander will der Patrimonialgerichtsbarkeit nur eine kurze Leichenrede halten, da kein förmlicher Antrag auf Wiederbelebung der Entschlafenen eingebracht worden. Eine 40jährige Amtsführung habe ihn überzeugt, daß die einst wohlthätige Gerichtsbarkeit aufgegeben werden müsse.

Justizminister Simons: Kein Gegenstand sei wohl einer so verschiedenen Beurtheilung fähig, als der durch die vorliegende Verordnung berührte. Die Diskussion habe sich bisher vornehmlich auf die Aufhebung der Patrimonialgerichte beschränkt. Der letzte Redner habe Recht in seiner Angabe, daß noch keine Reklamationen gegen das neue Verfahren eingegangen, wenn derselbe aber der früheren Gerichtsbarkeit eine Leichenrede halten wollte, so erkenne er doch in dem Hingeschiedenen einen Freund, dessen Tugenden man gedenken und seine Mängel unerwähnt lassen müsse. Man trenne bei der vorliegenden Frage nicht genug den persönlichen Standpunkt von dem sachlichen. Auf die Sache selbst eingehend, bemerkt der Minister, daß die Gerichtsorte mit möglichster Berücksichtigung der Interessen der Gerichtseingesessenen gewählt worden. Was die Klagen über zu große Entfernung vom Gerichtsorte anbelange, so beruhten dieselben sehr häufig auf pecuniairen Motiven der betreffenden Kommunen. Allerdings sei der Wechsel im Richterpersonal häufiger, als zur Zeit der Patrimonialgerichtsbarkeit gewesen, doch werde sich dies sehr bald besser gestalten. Gegen die Patrimonialgerichte sei aber mit Recht die große Zersplitterung der richterlichen Gewalt geltend zu machen, dem jetzt durch die neue Organisation abzuhelfen sei. Die Hauptgrundlage des Gesetzes sei von Niemand angegriffen worden, und so hoffe er denn auf dessen Annahme.

Nachdem v. Gerlach und v. Gaffron noch thatsächliche Bemerkungen gemacht, wird der Schluß der allgemeinen Diskussion verlangt und mit 55 gegen 43 Stimmen angenommen. §§ 1—3 werden hierauf zur Abstimmung gebracht und mit großer Majorität angenommen.

Auf den Wunsch vieler Mitglieder wird hiernach die Diskussion auf morgen um 10 Uhr vertagt.

(Schluß der Sitzung 1 Uhr.)

Berlin, 6. Februar. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem ehemaligen Lehrer und Organisten Johann Karl Sigismund Scholz zu Rüstern, Kreis Liegnitz, das allgemeine Ehrenzeichen, und dem geheimen Kanzlei-Direktor im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Kanzlei-Rath Warnstedt, den Charakter als geheimer Kanzlei-Rath zu verleihen.

Angekommen: Der kgl. spanische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am hiesigen Hofe, de Armero y Millares, von Hamburg.

Abgereist: Se. Excellenz der kgl. sächsische Staats-Minister v. Beust, nach Dresden.

Berlin, 6. Februar. [Hofnachrichten.] Se. Majestät der König haben Sich am 4. d. M. mit dem Eisenbahnzuge um 2 Uhr nach Potsdam begeben, um den Abend einem Balle beizuwohnen, den der Prinz Friedrich Karl k. H. gab. Auch die Prinzen des königlichen Hauses trafen hierzu in Potsdam ein.

Denselben Nachmittag war, wie dies bereits gemeldet ist, der Erzherzog Leopold von Oesterreich, kaiserliche Hoheit, auf der Hamburger Bahn in Berlin eingetroffen. Den Abend empfingen Ihre Majestät die Königin den hohen Gast im Opernhause.

Gestern Morgen begab der Erzherzog Sich um 9 Uhr nach Potsdam. Seine Majestät der König empfingen denselben im Schlosse, wobei Se. Majestät die Uniform Allerhöchstihres österreichischen Husaren-Regiments angelegt hatten. Um 11 Uhr stiegen Se. Majestät mit Allerhöchstihrem Gaste und den königlichen Prinzen zu Pferde, um Parade der Potsdamer Garnison abzuhalten. Se. Majestät trugen die Uniform des 1. Garde-Regiments zu Fuß. Die Parade fand im Lustgarten statt. An derselben nahmen Theil das 1. Garde-Regiment zu Fuß, die 1. und 2. Eskadron des Regiments Garde du Corps, das Garde-Husaren-Regiment, das 1. Garde-Ulanen-(Landwehr-)Regiment. Die Truppen waren in Kriegsstärke und in Feld-Ausrüstung, jedoch ohne Train. Das 1. Bataillon des 1. Garde-Regiments zu Fuß trug Grenadiermützen.

Nach der Parade war Dejeuner im Schlosse, zu dem die Generalität und sämmtliche Stabsoffiziere befohlen waren.

Nach dem Dejeuner machten Se. Majestät der König mit dem Erzherzog Leopold eine Spazierfahrt durch die Gärten.

Um 5 Uhr fuhren Se. Majestät nach Berlin.

Um 8 Uhr war Cour en Gala (die Damen en robe) im königlichen Schlosse (s. unten). — Im weißen Saale war Konzert.

Heute Morgen um 11 Uhr war Parade der Berliner Garnison. Die Truppen waren unter den Linden bis auf die Charlottenburger Chaussee aufgestellt. An der Parade nahmen Theil: Das 2. Garde-Regiment zu Fuß, die beiden Grenadier-Regimenter, das 12. Infanterie-Regiment, die 4. Eskadron des Regiments Garde du Corps, das Garde-Kürassier-Regiment, das Garde-Dragoner-Regiment, das 2. Garde-Ulanen-(Landwehr-)Regiment, 4 Batterien à 8 Geschütze, und zwar 1 reitende, 2 6pfündige, 1 12pfündige des Garde-Artillerie-Regiments.

Die Truppen waren in voller Stärke und in Feld-Ausrüstung. Se. Majestät trugen die Uniform des 2. Garde-Regiments zu Fuß. Um 3 Uhr ist Diner im königlichen Schlosse, zu dem sämmtliche Generale und Stabsoffiziere befohlen sind.

Berlin, 6. Februar. Die Roben-Cour, welche gestern im königlichen Schlosse stattfand, nahm um 7½ Uhr ihren Anfang. Se. Majestät der König nahmen zunächst die Cour der eingeladenen Gäste huldreichst entgegen. Die Damen und Herren des diplomatischen Korps hatten sich hierbei in der Adlerkammer, die Räthe erster Klasse, ebenfalls mit ihren Damen, in dem Rittersaale, die anderen eingeladenen Gäste vom Civil, namentlich die Herren Abgeordneten, hatten sich in den anstoßenden Zimmern, und die Herren Offiziere in der Bildergallerie versammelt. Nach beendigter Cour war im weißen Saale ein Konzert, das sowohl durch die Auswahl als durch die Ausführung seiner Piecen den Anwesenden einen reichen Genuß bereitete. Se. Majestät der König geruhten Sich in der Pause mit mehreren der Anwesenden auf das Gnädigste zu unterhalten. Se. kaiserliche Hoheit der Erzherzog Leopold hatten zwischen Ihrer Majestät der Königin, welche seit fünf Jahren zum ersten Male wieder ein solches Hoffest mit Ihrer Gegenwart verherrlichte, und Ihrer königlichen Hoheit der Prinzessin Karl, Platz genommen. Nach Beendigung des Konzerts verließen die allerhöchsten und höchsten Herrschaften den Saal, worauf sich auch die übrige Gesellschaft trennte. (D. Ref.)

= **Berlin,** 6. Februar. [Bei der Berathung des Domainen-Verwaltungs-Etats in der Central-Budget-Kommission] wurde die Regierung durch den Ministerial-Direktor Hrn. Präsidenten Thoma und den geheimen Ober-Finanzrath Hrn. Seyffert vertreten. Der Abgeordnete Herr Gamradt fungirte als Referent.

Es wurde hervorgehoben, daß die vorjährige Kommission es für nachtheilig gehalten:

1) daß bei einigen Verpachtungen mit der Pacht-Periode über den Zeitraum von 30 Jahren hinausgegangen ist;
2) daß die Vorwerke nicht, soviel thunlich, einzeln zur Verpachtung gestellt, sondern auch solche Aemter im Ganzen verpachtet worden, aus welchen besser mehrere Pachtungen gemacht werden könnten;
3) daß bei den Pachtungen nicht immer der Weg des öffentlichen Meistgebotes gewählt worden, welcher die Anwendung der allerdings nöthigen Kautelen nicht ausschließen würde.

Der Herr Regierungskommissarius erklärte hierauf, daß die Staatsregierung sich im vergangenen Jahre überall nach obigen Bemerkungen geachtet, und Modalitäten der Verpachtung, welche die vorjährige Kommission für nachtheilig gehalten, nicht ferner zugelassen habe. Nur in einem einzigen Falle, den der Herr Regierungskommissarius durch die besonderen Umstände als vortheilhaft für den Fiskus motivirte, sei von der öffentlichen Licitation Abstand genommen worden.

Die Kommission fand sich durch diese Erklärung durchaus zufrieden gestellt, beschloß jedoch, um einer künftigen Aenderung der jetzigen Verwaltungsgrundsätze vorzubeugen, der Kammer vorzuschlagen:

ausdrücklich die Erwartung auszusprechen, daß bei der Verpachtung der Domainen-Vorwerke

1) mit der Pachtperiode nicht über den Zeitraum von 30 Jahren hinausgegangen werde;
2) die Vorwerke, soviel thunlich, einzeln zur Verpachtung gestellt, und nicht solche Aemter im Ganzen verpachtet werden, aus denen besser mehrere Pachtungen gemacht würden könnten;
3) immer der Weg des öffentlichen Meistgebotes gewählt werde.

Dagegen, daß diese Grundsätze beschlußweise aufgestellt würden, hatte der Vertreter der Regierung nichts zu erinnern.

In der vorigen Session hatte die Kammer die Meinung ausgesprochen:

daß die Festungsrevenüen künftig auf den Etat des Kriegsministeriums zu übernehmen seien.

Die Regierung ist dieser Ansicht nicht nachgekommen und sucht in einer besondern Denkschrift sich darüber zu rechtfertigen.

Die Kommission will diese rein formelle Angelegenheit nicht noch einmal in der Kammer in Anregung bringen.

Unter den Ausgaben sind erhebliche Summen „an Aufsichts- und Erhebungskosten und für die Orts-Polizei-Verwaltung" ausgeworfen, welche für die gutsherrliche Polizei-Verwaltung gezahlt werden.

Die Kommission schlägt der Kammer vor:

„die Erwartung auszusprechen, daß nach Ausführung der Agrargesetze und der Gemeinde-Ordnung sich diese Ausgabe-Positionen erheblich vermindern werden."

Im Uebrigen erkennt die Kommission den Etat der Domainen-Verwaltung mit 5,791,864 Rtl. in Einnahme und mit 1,003,034 Rtl. in fortlaufender und mit 3500 Rtl. in einmaliger außerordentlicher Ausgabe für richtig an.

Berlin, 6. Februar. [Tagesbericht.] Die vor einiger Zeit mit der königl. niederländischen Regierung angeknüpften Unterhandlungen wegen zeitgemäßer Regulirung der Post-Verhältnisse zwischen Preußen und dem Königreiche der Niederlande haben bereits zu dem Abschlusse eines neuen Postvertrages geführt, welcher, nachdem die Ratifikationen ausgewechselt sein werden, zum 1. April d. J. zur Ausführung kommen wird. Durch diesen Vertrag ist nicht allein eine wesentliche Porto-Erleichterung für die gesammte Korrespondenz des deutsch-österreichischen Post-Vereins nach und aus den Niederlanden erzielt, sondern auch der theilweise noch bestehende lästige Frankirungszwang beseitigt worden.

Der Abg. Dr. Klee hat, von 23 Mitgliedern unterstützt, in der ersten Kammer folgenden Antrag gestellt: Die hohe Kammer wolle beschließen, an die königl. Staatsregierung den Antrag zu richten, baldigst einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen die Uebernahme des Baues der Eisenbahn von Posen nach Breslau auf Kosten des Staates ausgesprochen und die unverzügliche Ausführung des Baues angeordnet wird. (D. Ref.)

In unserm gestrigen, aus hiesigen Blättern entnommenen Artikel über die Eingabe in Sachen des Tabaksmonopols ist die Antwort des Hrn. Minister-Präsidenten an die betreffende Deputation nicht ganz richtig wiedergegeben. Die gestern den gedachten Tabaksfabrikanten zugekommene schriftliche Antwort Sr. Exc. lautet nach der N. Pr. Ztg. wörtlich:

„Auf die von Ihnen an das königl. Staatsministerium gerichtete Eingabe vom 30. v. M., in welcher Sie die Besorgniß aussprechen, daß die über die deutschen Handels- und Zollverhältnisse eingeleiteten Verhandlungen zur Einführung des Tabaks-Monopols in den deutschen Zollverein führen möchten und Sie daher einen beruhigenden Bescheid über diese Angelegenheit nachsuchen, nehme ich keinen Anstand, Ihnen zu erklären, daß die königl. preuß. Regierung in keiner Weise ihre Geneigtheit kund gegeben hat, zu der Einführung des Tabaksmonopols in den deutschen Zollverein die Hand zu bieten, und dieselbe überhaupt nicht die Absicht hegt, eine derartige Umgestaltung der Zoll- und Handelsverhältnisse vorzunehmen. Berlin, den 3. Febr. 1851. Der Präsident des Staats-Ministeriums, Gez. v. Manteuffel."

Während von verschiedenen Seiten erzählt wird, der k. k. österr. Bevollmächtigte am Bundestage zu Frankfurt, Graf v. Thun, werde auch in dem neuen Bundestage das Präsidium für Oesterreich führen, hört man von anderer Seite: man werde nach den Vorgängen im vorigen Jahr eine für Preußen angenehmere Wahl in der Person des jetzt in Dresden befindlichen Grafen v. Buol-Schauenstein treffen, und die guten Dienste des Grafen Thun durch seine Ernennung zum Gesandten in London anerkennen. (C. Ztg.)

Die dem bisherigen Seehandlungs-Direktor, jetzigen Präsidenten Bloch zu Theil gewordene Rang-Erhöhung steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den gegen ihn gerichteten Angriffen einer hiesigen Zeitung und dem hieraus entsprungenen Prozesse, indem Hr. B. sich über diese Vorkommnisse so beleidigt fand, daß er seinen Abschied mit Entschiedenheit verlangte. Die ihm jetzt zu Theil gewordene Auszeichnung soll ihm den Beweis liefern, wie wenig man die Angriffe begründet finde, und

wie zufrieden man vielmehr mit seiner Amtsführung sei; sie ist also gewissermaßen das Pfand der neu geschlossenen Versöhnung. (N. Z.)

Ein in der letztbeendeten Klassenlotterie gezogener größerer Gewinn hat wiederum zu einem Prozeß Veranlassung gegeben. An einem Viertelloose der Nummer, auf welche der Gewinn gefallen ist, hatten verschiedene Personen Theil, von welchen jedoch der eine Theilnehmer zu dem Erneuerungsloose der vierten Klasse, auf welches eben der Gewinn fiel, seinen Beitrag nicht gezahlt hatte. Die übrigen Theilnahmer verweigerten ihm deshalb auch die Herauszahlung des entsprechenden Gewinnantheils, auf dessen Leistung derselbe klagbar wurde. Die Klage ist jedoch mit Rücksicht auf einen von dem Obertribunal ausgesprochenen Plenarbeschluß zurückgewiesen werden, welcher dahin lautet: „Wenn bei der mündlichen Verabredung des gemeinschaftlichen Spiels eines Lotterieloses vereinbart ist, daß nur diejenigen Theilnehmer, welche dem, den Ankauf Besorgenden ihre Einsatzbeiträg vor der Ziehung bezahlt hätten, an dem Loose Antheil haben sollten, so kann hinsichtlich derjenigen, welche dies zu thun unterlassen, nicht angenommen werden, daß in dem angekauften Loose ein durch gemeinschaftliche Verwendung erworbenes Eigenthum enthalten sei. (Spen. Z.)

Der General-Lieutenant v. Wedell ist nach Wittenberge abgegangen, um das Kommando der an der mecklenburgischen Gränze aufgestellten 4. Division zu übernehmen. Zum Civil-Kommissar bei dem dort versammelten Truppen-Corps ist der Landrath v. Stülpnagel-Dargitz zu Prenzlau ernannt. (C. C.)

[Das Projekt der Regierung, die Mahl- und Schlachtsteuer als Staatssteuer beizubehalten und neben derselben eine klassifizirte Einkommensteuer von den Personen mit einem Einkommen von mehr als 1000 Thlr. zu erheben,] scheint sowohl in der Kammer als außerhalb derselben auf den lebhaftesten Widerstand zu stoßen. Insbesondere beeilen sich die größeren Städte, den Kammern die Gefahren darzulegen, die für sie aus der Annahme jenes Projekts entstehen würden. Wir berichteten bereits, daß der Gemeinderath von Köln eine Petition gegen den von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf beschlossen habe, seitens der Stadtverordneten zu Halle ist eine solche bereits eingereicht, ein ähnlicher Schritt wird in Breslau vorbereitet, und aus unseren Berichten über die Sitzungen des hiesigen Gemeinderatsh ergab sich, daß die Kommunalbehörden von Berlin sich ebenfalls über die an die zweite Kammer zu richtenden Anträge verständigt haben. Die in Folge dessen von dem Magistrat ausgearbeitete ausführliche Petition ist gegenwärtig der zweiten Kammer überreicht. Es wird in derselben namentlich ausgeführt, wie mit der Annahme des von dem Finanzminister vorgelegten Gesetzes, die seit langen Jahren projektirte Steuerreform zu einem Ziele würde geführt werden, welches mit der Tendenz, in welcher sie Ursprünglich in Angriff genommen war, durchaus in Widerspruch steht. Es bliebe dann die Ueberlastung der mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Bevölkerung gegen die Klassensteuerpflichtige bestehen, es würden, indem die sämmtlichen inneren Steuerlinien des Staates aufrecht erhalten würden, die volkswirthschaftlichen Interessen nicht berücksichtigt, um derentwillen die zweite Kammer früher vorzugsweise die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer beschlossen hatte, es würde nichts erreicht als eine Mehrbelastung der reicheren Einwohner, nicht aber zum Vortheil der ärmeren, sondern lediglich -- zum Vortheil der Staatskasse. — Es wird weiter darauf hingewiesen, wie bei einer solchen Besteuerung der Reicheren die Kommune Berlin außer Stande sein würde, diese auch ihrerseits noch mit direkten Steuern zu belegen, was doch in Betracht der gesteigerten Bedürfnisse, und insbesondere zur Tragung der Lasten, welche der Staat von sich ab auf die Kommunen gewälzt habe, unerläßlich würde, wenn nicht der Kommune eine größere Einnahme aus indirekter Besteuerung zufließe. Die Petition geht deshalb auf den früher dem vereinigten Landtag gemachten Vorschlag zurück: den größeren speziell vom Gesetz zu bezeichnenden Kommunen den ganzen Ertrag der Mahl- und Schlachtsteuer für ihre Bedürfnisse zu belassen, mit der Verpflichtung, das Klassensteuerkontingent der untersten Steuerstufen aus demselben an die Staatskasse abzuführen, im Uebrigen aber auch in den bisher mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städten für den Staat die Klassen- und Einkommensteuer zu erheben. Da dieser Antrag den früheren Beschlüssen der zweiten Kammer viel näher steht als die Regierungsvorlage, und da es bereits bei den früheren Debatten anerkannt ist, daß die größeren Städte für ihren Kommunalhaushalt die indirekte Besteuerung nicht entbehren können, so ist es nicht unwahrscheinlich daß derselbe den Beifall der zweiten Kammer finden wird; ob auch den der ersten, von der wesentlich das Projekt ausgegangen ist, welches gegenwärtig die Regierung adoptirt hat, steht freilich sehr dahin, und so bleibt es abermals zweifelhaft, ob — selbst wenn die Regierung ihren Entwurf fallen ließe — durch die gegenwärtige Session irgend eine Aenderung des Steuersystems erzielt werden wird. (Const. Z.)

[Die Gehälter des Militärs.] Die Central-Budget-Kommission scheint es für zweckmäßig zu halten, die hohen Gehälter des Militärs, vom kommandirenden General bis zum Brigadier herab, zu ermäßigen, um eine Verbesserung der Lieutenantsstellen ohne Erhöhung des Budgets bewerkstelligen zu können. Wie geben diesem Plane unseren vollen Beifall, müssen indeß darauf hinweisen, daß eine gründliche Prüfung der Organisation des Heeres erforderlich scheint. Das Komité des englischen Parlaments lieferte einen Bericht von tausend Seiten über den Militäretat; daran sollten wir uns ein Beispiel nehmen; denn es ist nicht möglich, innerhalb weniger Tage einen Verwaltungszweig zu berathen, der jährlich im Frieden über 25 Millionen Thaler verschlingt. In England haben Offiziere den Muth, Uebelstände aufzudecken und Verbesserungen vorzuschlagen, möge auch den Unsrigen das Siegel vom Munde genommen werden! (C. Z.)

[Wieder eine Note zu rechter Zeit.] Das C. B. berichtet: „Einer verbürgten Mittheilung zufolge ist von Frankreich hier eine Note eingetroffen, welche gegen den Eintritt Oesterreichs mit seinen Gesammtstaaten in den deutschen Bund protestirt. Die Note ist an alle deutschen Höfe gerichtet. Man ist in diplomatischen Kreisen sehr gespannt, welchen Erfolg dieser Protest haben wird. — Durch diese neue Situation der Dresdener Angelegenheiten wird die Regierung wahrscheinlich (?) abgehalten werden, wie sie Willens war (!), den preußischen Kammern schon jetzt vorläufige (!) Mittheilungen über die bisher geführten Verhandlungen zu machen."

Koblenz, 3. Febr. Die gänzliche Demobilmachung unseres 8. Armeekorps ist nunmehr befohlen und alle Maßregeln so eingeleitet, daß am 1. März der vollkommene Friedensstand wieder hergestellt sein wird. Demgemäß haben die Regimenter bereits ihre neuen Garnisonen angewiesen erhalten und werden baldigst dahin aufbrechen; für unsere Festung sind bestimmt worden: das ganze 25., so wie ein Bataillon des 28. und das Füsilier-Bataillon des 30. Infanterie-Regiments, letzteres für Ehrenbreitenstein. Ebenso marschieren die Landwehrkadres ihrer Heimath zu und große Pferdeverkäufe haben statt (hier werden gegen 700 versteigert). Gestern marschirte ein Bataillon 29. Regiments hier durch nach Mainz. Bei der nunmehr erfolgten Zurückversetzung Sr. königl. Hoheit des Prinzen von Preußen in seine frühere Stellung als Höchstkommandirender am Rhein, erwarten wir denselben baldigst in seiner hiesigen Residenz, die Frau Prinzessin, seine Gemahlin, kehrt dem Vernehmen nach gegen den 22. d. hierher zurück. Die Pionniere unseres Armeekorps werden binnen Kurzem zu größern Uebungen in unserer Nähe zusammengezogen werden, namentlich ist bestimmt worden daß dieselben sich bei St. Goar mit dem Brückenbau beschäftigen sollen. Unser Handelsstand beabsichtigt, bei den nunmehr eingetretenen friedlichen Konjunkturen erneuerte Schritte für das Zustandekommen der projektirten Lahn-Eisenbahn zu thun, deren Unentbehrlichkeit für unseren mittelrheinischen Verkehr immer fühlbarer wird. (Ref.)

Deutschland.

**** Kassel,** 5. Febr. Die baierische Kavalerie, welche bisher zerstreut im Lande lag, wird im Bezirk Fritzlar konzentrirt. General v. Heilbronn nimmt im genannten Orte sein Hauptquartier und bricht morgen dahin von hier auf. — Der Bürgermeister Henckel und der Polizeikommissar Hornstein sind heute aus dem Gefangenhause in das hiesige Kastell translocirt worden. — So eben wird das kurh. Gesetzblatt ausgegeben; es enthält nachfolgendes Aktenstück:

Aktenstück des Ministeriums des Innern,
vom 3. Februar 1851,
die Wahl neuer Landtags-Abgeordneten betreffend.

Nachdem in Beziehung auf die, in Gemäßheit des § 2 der Verordnung vom 1. September v. J., die Auflösung der gegenwärtigen Ständeversammlung betreffend, nach § 13 des Wahlgesetzes vom 5. April 1849 spätestens jetzt – wenn auf den 2ten k. M. eine neue Ständeversammlung einberufen zu können möglich bleiben soll — zu erlassende Aufforderung zur Vornahme neuer Wahlen, Seitens des Bundes-Civil-Kommissars, Herrn Feldmarschall-Lieutenants Grafen v. Leiningen-Westerburg Erlaucht, durch Schreiben vom 1. l. M. die bestimmte Aufforderung an die Regierung ergangen ist, bei der dermaligen Lage des Kurstaates der Anordnung jenes Wahlverfahrens noch Anstand zu geben; so wird solches zur Nachachtung für Jeden, den es angeht, hierdurch bekannt gemacht.

Kassel, am 3. Februar 1851.

Kurfürstl. Ministerium des Innern.
Hassenpflug.

Karlsruhe, 3. Febr. [In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer] wurden die Geschäfte derselben auf diesem Landtage beschlossen. Zu Mitgliedern des landständischen Ausschusses wurden gewählt: Beck, Junghanns, Mathy, Hoffmann, Speyerer, Bader. Hierauf erhält der Abg. Welcker das Wort und spricht dem Präsidenten den Dank der Kammer in folgender Weise aus: „Ich habe mich erhoben, meine Herren! um als eines der ältesten Mitglieder dieses Hauses Ihnen den Ausdruck des Dankes gegen unsern Herrn Präsidenten vorzuschlagen. Ich könnte dem Herrn Präsidenten danken für den wahrhaft bewunderswürdigen Fleiß, mit welchem er so schwierige und viele Geschäfte zu einem glücklichen Ende geführt hat Ich danke ihm für etwas Höheres. Ich danke ihm für die beiden Tugenden, die unbedingt die ersten sind im politischen Leben freier Völker: für die Rechtsachtung und die Vaterlandsliebe. Durch den Sieg der Rechtsachtung und der Vaterlandsliebe in diesem Hause und bei unserer hohen Regierung ist in der schwierigsten und unglücklichsten Zeit eine seltene Uebereinstimmung zwischen den Mitgliedern dieser Kammer und zwischen dieser Kammer und der hohen Regierung entstanden, und dadurch, daß diese Tugenden uns vorgeschwebt haben bei unserm Wirken, sind wir in die Lage gekommen, daß wir nach der unglücklichsten Zeit wieder einer glücklichen und ehrenvollen Zukunft entgegensehen können. Doch nur dann können wir es, wenn diese Tugenden auch in der jetzt im Werk begriffenen Ordnung unserer allgemein deutschen vaterländischen Verhältnisse eben so den Sieg davon tragen, wie bei uns. Die Rechtsachtung aber fordert vor Allem, daß die Rechte der Regierung und des Volkes, die verfassungsmäßigen Rechte von Beiden niemals abgeändert werden ohne freie Zustimmung von Beiden. Es muß also, wenn überhaupt von Verfassung, wenn von Recht, Ehre und Freiheit eines Volkes nur noch die Rede sein soll, jede Aenderung seiner Rechte ausgehen von der Einwilligung des Volkes oder seiner Vertreter: entweder, wenn wir uns als Theil eines großen Gesammtvaterlandes betrachten, von der Volksrepräsentation der Nation, oder soweit diese nicht eintritt, von den Vertretern des Volkes in seinen einzelnen Ständeversammlungen. Wir vertrauen zu unserer Regierung, die im Innern Rechtsachtung und Vaterlandsliebe bewiesen hat, daß sie mit derselben Rechtsachtung und Vaterlandsliebe auch in den äußern Verhältnissen die Würde und Ehre unserer hohen Regierung und die Freiheit und die Rechte des Volkes mit Nachdruck und Kraft vertheidigen werde gegen jede einseitige Aenderung in der äußeren Stellung oder in den inneren Rechtsverhältnissen unseres Landes. Wenn dann Rechtsachtung und Vaterlandsliebe siegen in dem Gesammtvaterlande wie bei uns, dann können wir mit Vertrauen einer schönen und glücklichen Zukunft entgegensehen und mit Zufriedenheit zurückblicken auf die Geschäfte dieses Landtags. Wenn aber diese schönen Zeiten kommen werden, dann wird der Name des Herrn Präsidenten stets mit Achtung, mit Dankbarkeit und Liebe genannt werden, als der Name des Mannes, der auf seinem Posten mit unermüdlicher Thätigkeit für diese Tugenden gewirkt hat. Ich hoffe, Sie stimmen mit mir überein im Danke gegen den Herrn Präsidenten. (Allgemeine Zustimmung und Erheben der Mitglieder von ihren Sitzen.) — Der Präsident der Kammer hält darauf einen Vortrag, dem wir folgende Stelle entnehmen: „Meine Herren! Sie können mit innerer Beruhigung diesen Saal verlassen; Sie können sich, was die Lage des Landes betrifft, im Allgemeinen sagen: es ist im Einklang mit der Regierung für eine Besserung des Staatshaushaltes, für eine geordnete Freiheit, eine freie Ordnung so viel geschehen, als unter den obwaltenden Umständen möglich war. Meine Herren! Getrübter wird der Blick, wenn er hinaus schweift auf Daß, was in Bruderländern vor sich geht, auf Das, was der Gesammtheit unsers theuren Vaterlandes in Aussicht zu stehen scheint. Doch auch hier sollen wir nicht verzagen. Nach der edlen, vor Allem am Rechte festhaltenden Gesinnung unseres allverehrten Großherzogs dürfen wir unserer Regierung vertrauen, sie werde, wie wohl auch noch andere Regierungen, nie zugeben, daß bei einer endlichen Erledigung der deutschen Angelegenheit die Rechte der deutschen Nation mißachtet, ihre Zustimmung umgangen, oder die besondere Stellung und Rechte Badens bei den Veränderungen beeinträchtigt werden."

Dem Schw. M. wird geschrieben: Soviel im engern Kreise verlautet, hat unser Präsident des großh. Ministeriums des Innern den Rücktritt in seine frühere Stellung verlangt, was vielfach bedauert wird, da man seiner Amtsführung alle Anerkennung und Gerechtigkeit widerfahren läßt. Als seinen Nachfolger wird bereits ein Einwohner von Freiburg bezeichnet. — Wie wir vernehmen, hat Herr v. Itzstein seinen Prozeß, die Pension betreffend, beim Hofgericht gewonnen.

Wiesbaden, 1. Febr. Der königl. baierische Zollkonferenz-Bevollmächtigte, Hr. Ober-Zollrath Meixner, ist hier angekommen.

München, 2. Februar. Diesen Abend ist der königliche Hof- und nunmehrige Legationsrath Dönniges nach Dresden abgereist, nachdem er gestern lange noch mit dem Ministerpräsidenten konferirt und heute früh eine wiederholte Abschiedsaudienz bei dem König gehabt hatte. — In einem mehrstündigen Ministerrathe, der heute stattfand, sind dem Vernehmen nach sehr wichtige Fragen zur Berathung gekommen. Die seit zwei Tagen hier verbreiteten Gerüchte von einem nahe bevorstehenden Ministerwechsel dürften, nach verschiedenen Anzeichen zu schließen, nicht ganz ohne Grund sein, gleichwohl dürfte vorerst ein solcher Wechsel nicht eintreten. (Nürnb. C.)

3. Februar. Bis diesen Abend waren, wie wir vernehmen, an 90 Mitglieder der Kammer der Abgeordneten bereits hier eingetroffen und angemeldet. Diesen Abend findet im englischen Kaffeehause eine Besprechung der Mitglieder der Majorität des vorigen Landtages statt, an welcher auch eine Anzahl Mitgliedes des damaligen linken Centrums Theil nehmen werden. Wie wir hören, so wäre beabsichtigt, alsbald, vielleicht übermorgen schon zur Wahl der 6 Kandidaten zu schreiten, aus denen Se. Majestät der König alsdann den 1. und 2. Präsidenten der Kammer ernennen wird. Man hofft auch mit den Wahlen der Sekretäre und der Ausschüsse noch im Laufe dieser Woche zu Ende zu kommen, so daß die feierliche Eröffnung des Landtags in den ersten Tagen der kommenden Woche stattfinden könnte.

Von den Reichsräthen sind 28 bereits angezeigt und resp. hier anwesend; noch einige werden morgen hier eintreffen, da im Ganzen bis jetzt 36 ihr Erscheinen angezeigt haben. Auf Mittwoch Mittag 11 Uhr ist bereits der erste Zusammentrirt dieser Kammer zur Vornahme der Präsidenten- und Sekretärswahlen angeordnet worden. (Ref.)

Dresden, 4. Februar. Die Stadt gewährt fast in allen Kreisen ein bewegtes und interessantes Bild. In der allerhöchsten Region, am königlichen Hofe, finden häufige Diners, Bälle und klienere Feste statt. Am 5. Februar ist schon der zweite allgemeine Ball, eine seit Friedrich August's Zeiten kaum mehr vorgekommene großartige Festlichkeit, wobei laut der gedruckten Ansagen, „sämmtliche am königlichen Hofe vorgestellte Damen und Herren so wie die Mitglieder der beiden hohen ständischen Kammern ohne besondere Einladung zu erscheinen berechtigt sind."

Die nächste höchste Region der hiesigen Konferenzen umhüllt sich fort und fort mit einem Dunkel, da Niemand zukommen kann, um Werke des Lichts zu fördern; doch werden wir so glücklich sein, die viel befeteten Gaste lange in unserer Mitte zu sehen. Wissen wir vom großen Inhalte der Besprechungen nichts, so halten wir uns an Aeußerlichkeiten und finden am großen Ganzen auch das Kleinste interessant. So werden sich die Steuerpflichtigen freuen, zu hören, daß der König mit gewohnter Munificenz die Unkosten der Einrichtungen für die der Konferenz eingeräumten Zimmer und Säle auf seine Civilliste angewiesen hat. Fürst Schwarzenberg und Herr v. Manteuffel residiren, wie bekannt, bei jedesmaliger Anwesenheit im königl. Schlosse und speisen nach Befinden an der königl. Tafel oder auf ihrem Zimmer. Die Dii minorum gentium, wenn ich so sagen darf, sind in beiden Beziehungen desto weniger vom Glück begünstigt. Des längern in Aussicht stehenden Aufenthalts wegen haben die Meisten Privatquartiere zu beziehen gewünscht, und da sind Mehrere aus dem Regen in die Traufe gerathen: sie haben Stuben gemiethet und können keine Möbel zur würdigen Ausstattung bei den Meubleurs mehr vorräthig finden. Auch das gemeinsame Mittagsessen im Hotel de Saxe hat sich nicht lange aufrechterhalten. Warum der Wirth den hohen Gästen nicht länger ein eigenes Speisezimmer hat einräumen wollen, ist unbekannt, wenn nicht der Umstand ihn bewogen hat, daß wohl selten eine bedeutende Anzahl sich bei ihm eingefunden haben mag; denn wer nur irgend kann, verschafft ja seinem Hause den Glanz einen oder mehrere der Schöpfer von Deutschlands Einigung bei sich gesehen zu haben. Zu den interessanten Erwartenschaften, welche die hohen Herrn der Konferenz mittelbar veranlaßt haben, gehört auch die Reihe ihrer Bildnisse, die Professor Vogel v. Vogelstein malt. Dem Vernehmen nach hat ihm Fürst Schwarzenberg schon ein paar Stunden seiner kostbaren Zeit gewährt, und Herrn v. Manteuffels Auffassung soll in Berlin auch bereits zustandegebracht sein. (D. A. Z.)

Leipzig, 5. Febr. Einer in der heutigen Nummer des hiesigen Tageblattes enthaltenen Bekanntmachung zufolge hat die hiesige freie Gemeinde ihre Selbstauflösung beschlossen.

Hamburg, 6. Febr. Heute und morgen werden 2000 Mann Preußen vom 8. und 20. Regimente mit der Berliner Eisenbahn erwartet, und zwar sind die Truppen zur Besetzung Rendsburg's und Friedrichsort's bestimmt. (H. N.)

Lübeck, 4. Febr. Heute Mittag gegen 1 Uhr erfolgte der Einmarsch von vier Kompagnien des k. k. österreichischen 44sten Linien-Infanterie-Regiments Erzherzog Albrecht und einer Batterie Fuß-Artillerie. Der Chef dieses Regiments, das aus lauter Italienern (Lombarden) besteht, ist Se. Exc. General v. Martini, welcher im Hotel du Nord sein Absteigequartier genommen hat. Die Truppen sehen durchgängig gut aus, und der Einmarsch unter dem Spiel der trefflichen Musik mit fliegender Fahne machte einen guten Eindruck. Der Artilleriepark ist auf dem Platze vor dem Mühlenthore aufgestellt. (Lüb. Z.)

Schleswig-Holsteinichse Angelegenheiten.

Dresden, 4. Febr. Die Nachricht, nach welcher der k. k. österreichische Minister-Präsident, Fürst v. Schwarzenberg, bei seiner Unterredung mit dem Grafen Reventlow diesem die Zusicherung gegeben haben soll, daß in Bezug auf die schleswig-holsteinischen Angelegenheiten der Bundesbeschluß von 1846 maßgebend sein werde, dürfte sich bald als unbegründet erweisen. Wie man hier in gut unterrichteten Kreisen wissen will, hat sich Fürst v. Schwarzenberg auf eine bestimmte Erklärung gar nich eingelassen, vielmehr, namentlich auch dem Grafen v. Sponneck gegenüber, geäußert, daß vor der gänzlichen Pacifikation Holsteins ein definitiver Beschluß umsoweniger gefaßt werden könne, als der König von Dänemark selbst sich noch nicht bestimmt über die Haltung ausgesprochen habe, die er in der holsteinischen Angelegenheit dem deutschen Bunde gegenüber einzunehmen gedenke. (H. C.)

Kiel, 4. Februar. Die dänischen Truppen haben gestern den Uebergangspunkt über den Kanal bei Holtenau besetzt, so daß gegenwärtig das ganze Herzogthum Schleswig, mit Ausnahme der nächsten Umgebung von Rendsburg, in dänischem Besitze ist. Daß längs des Kanals und der Eider eine Zoll-Linie errichtet werden soll, ist nicht mehr zu bezweifeln (?).

Friedrichsort ist heute vor oder bei Tagesanbruch von dänischen Truppen besetzt worden, nachdem sich unsere Jäger-Kompagnien schon gestern und der Rest der Besatzung heute von dort wegbegeben; die dortigen Sträflinge sollen, wie man sagt, theils nach Rendsburg, theils nach Glückstadt kommen, je nachdem sie Schleswiger oder Nicht-Schleswiger sind. Im Uebrigen scheint die Regelung unserer Militärverhältnisse noch in derselben Schwebe zu sein. Von den Offizieren, welche auf plötzliche Veranlassung der Statthalterschaft ihre Entlassung suchten, soll nach keiner sie erhalten haben; wenigstens darf man dies von dem General Baudissin als sicher betrachten, der jedoch sich unser obwaltenden Umständen nicht länger dazu hat hergeben wollen, im Dienste zu verbleiben.

Der frühere Departementschef Boysen hat sich nach Heide begeben, um sein früheres Amt als Landvogt wieder anzutreten; Francke und Krohn werden sich von hier wegbegeben, ohne zu beabsichtigen, fürs Erste das Land zu verlassen; Fontenay tritt wieder als Ober-Appellationsrath ein, während der Superintendent Rehhoff hier noch einstweilen privatisiren wird.

Heute Morgen starb hier der Senator Lorentzen, welcher sich seit vielen Jahren um die Verwaltung der städtischen Andelegenheiten die größten Verdienste erworben hat. Sein Tod wied allgemein betrauert. (N. f. P.)

□ **Kiel,** 5. Febr. In den Zeitungen liest man kategorisch, daß Dänemark unsere Zettel anerkannt habe. Leider ist dies mindesten noch nicht sicher, was aus Folgendem erhellt:

Heute Vormittag begab sich eine Deputation von drei hiesigen angesehenen Bürgern zu dem neuen Finanzminister Prehn, um sich von ihm über das Schicksal unsers Papiergeldes Gewißheit zu verschaffen. Prehn erwiederte, daß die zeitliche Regierung selbst hierüber noch nichts Sicheres wisse. Es sei aber mit Einwilligung der Regierungskommission [illegible] Beschluß gefaßt worden, daß so lange er und seine Kollegen das Ruder in Händen hätten, die Zettel von den öffentlichen Kassen genommen werden sollten. Was von der nächsten Regierung, deren Eintritt in etwa zwei Monaten zu erwarten sei, in Betreff derselben geschehen wird, könne er nicht sagen.

Unsere Zettel, deren Höhe, wie bekannt, bis auf 2 Millionen Thaler steigt, so wie die Zangsanleihe bilden noch Streitfragen, obgleich, den übrigen gegenüber, sehr unwesentliche.

General Baudissin, welcher sich, wie bereits berichtet, nach Dresden zu seinem Bruder begiebt, wird sich von dort aus nach Norwegen übersiedeln. Aehnliches beabsichtigt der Herzog von Augustenburg, der sich in Norwegen vor der Revolution Güter angekauft. 40 Permittirte, die von London zu unserer Armee gekommen waren, haben sich wieder dorthin eingeschifft; es sind meistens kompromittirte Ungarn, Italiener, Badenser u. s. w., welche nicht nach der Heimath zurückkönnen. Die Studenten, welche in unsere Armee getreten waren, befinden sich jetzt meistens, und zwar in Offizier-Uniform, wieder hier. Doch werden die Vorlesungen, welche während der ganzen 3 Kriegsjahre, bis auf einige klinische, sistirt waren, in diesem Semester nicht mehr beginnen. Uebrigens hat der Krieg unsere Studentenschaft, die sich an ihm bis auf etwa 13 Kassirte sehr lebhaft betheiligt, sehr gelichtet. 30 Mann aus ihr sind von der Schlacht von Bau (April 1848) bis jetzt geblieben und die Zahl der Verwundeten ist noch größer. Die Gesammtzahl der Amputirten wird bis auf 350 angegeben. Eine große Anzahl derselben hat hier ihren Aufenthalt, so daß man durch keine Straße geht, wo man nicht auf solche Unglückliche stößt. Am herzzerreißendsten ist der Anblick im Theater, wo sich ganze Reihen von ihnen zusammenfinden, da sie freien Eingang haben. Die noch in den Hospitälern befindlichen pflegen sich dorthin mit einem Wärter zu begeben. Die Kommissarien selbst pflegen bei ihrem Anblicke stehen zu bleiben und naheliegende Betrachtungen anzuknüpfen. Noch befinden sich letztgenannte in Franck's Hotel, da das Schloß für sie erst noch in den Stand gesetzt wird.

Rendsburg, 5. Febr. Morgen und übermorgen marschiren das 4., 8., 14. und 15. Bataillon, welches letztere gestern, aus den Schanzen kommend, hier einrückte, ab, um den Preußen und Oesterreichern, welche nun bestimmt zum 8. hier angesagt sind, Platz zu machen. Das zweite Jägerkorps ist dazu bestimmt, die Wachen den Bundestruppen zu überliefern, und dann abzumarschieren. Man glaubt, daß dann auch die Cadres aufgelöst werden.

Gestern kam hier die Nachricht an, daß die schleswig-holsteinischen Zettel garantirt seien; heute erzählt man sich, daß auch die Vermögensanleihe garantirt worden ist. Die versprochenen Obligationen sind noch nicht in den Händen der Privaten.

Der letzte Akt der Statthalterschaft ist die vollständige Befreiung des Schullehrers Davids, die Begnadigung Lerows auf ein Jahr Festungsarrest; Baurmeister ist nicht mit Amnestie bedacht worden.

Die Absperrung gegen Schleswig wird von den Dänen mit Strenge beobachtet; von der Eröffnung der Kommunikation sind bis jetzt noch nirgends Anzeichen, und ist eine solche allem Anschein nach, in den nächsten Tagen nicht zu erwarten. (H. N.)

Die Besetzung von Rendsburg geschieht am 8., 9. und 10. d. M. durch circa 5000 Mann Preußen und Oesterreicher, worunter eine österreichische Batterie. General v. Bardenfleth wird das Oberkommando über die holsteinischen Truppen nicht erhalten. (B.-H.)

Durch eine auf einem desfallsigen Beschluß der schleswig-holsteinischen Landesversammlung erfolgte Verordnung der Statthalterschaft wurde bekanntlich den Wittwen deutscher Militärs, die ihre Männer, und denjenigen Militärs aller Grade, die in den beiden Feldzügen von 1848 und 49 ihre Gesundheit eingebüßt, oder zu Krüppeln geworden sind, eine Pension zugesichert. Es wird jetzt in der Presse mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß eine solche Zusicherung, von einer auf gesetzmäßige Weise vom deutschen Bunde eingesetzten Regierung den in einem Bundeskriege Verletzten gemacht, eingehalten werden müsse, auch wenn jene Regierung aufgehört habe zu sein, und daß deshalb, da es auf der Hand liege, daß die dänische Regierung wenig Lust haben werde, denen, die gegen sie gekämpft, eine Unterstützung zu gewähren, es nothwendig sei, daß bei den Verhandlungen dieser Punkt ausdrücklich festgestellt werde. In der am 2. d. M. bei Gelegenheit der Einsetzung der „obersten Landesregierung" erlassenen Proklamation heißt es indessen: „Da keinem ohne landesherrliche Sanktion erlassenen Gesetze der Charakter definitiver Gültigkeit beigelegt werden kann, so wird ausdrücklich verfügt, daß die seit dem 24. März 1848 erlassenen Verordnungen sämmtlich nur für die Dauer der angeordneten Interims-Verwaltung und übrigens mit dem Vorbehalt zur Anwendung zu bringen sind, daß die eingesetzte Regierung zur Aufhebung oder Abänderung derselben ohne Beschränkung autorisirt ist. In gleicher Weise werden die Verwaltungsmaßregeln, welche seit dem 24. März 1848 getroffen sind, in so weit aufrecht erhalten, als nicht die oberste Landesbehörde ihre Aufhebung oder Abänderung beschließt. Privatrechtliche Verhältnisse, welche unter den seitherigen Gesetzen entstanden sind, werden durch deren Aufhebung nicht berührt." Es läßt diese Stelle manche Zweifel in Betreff der Einhaltung jener Zusicherung zu. Wir glauben nicht, daß die Pensions-Zusicherung auch zu jenen Verordnungen zu zählen sei, denen in Ermangelung der landesherrlichen Sanktion keine definitive Gültigkeit beigelegt werden könne. Wir haben hier nicht sowohl eine allgemeine, das Land und seine Verwaltung betreffende Verordnung, als vielmehr eine rein privatrechtliche Verpflichtuug, die die vom Bunde eingesetzte Statthalterschaft den hinterbliebenen Wittwen der Gefallenen und den durch den Krieg verstümmelten oder arbeitsunfähig gewordenen Individuen gegenüber eingegangen ist. Die Erfüllung dieser Verpflichtung betrachten wir darum ebensogut für eine rechtliche Nothwendigkeit, als für eine moralische Pflicht. (Voß. Ztg.)

Oesterreich.

np **Wien,** 6. Februar. [Tagesbericht.] Ministerwechselgerüchte durchlaufen die Stadt. Graf Thun soll das Portefeuille des Unterrichts an Herrn Sektionschef v. Baumgarten abgeben; nach einer anderen Kombination würde der Letztgenannte das Portefeuille des Handels erhalten, Herr v. Bruck in Folge eines von ihm entworfenen, das Finanzwesen betreffenden Memoires, die Finanzen, und Herr v. Krauß an die Stelle des Grafen v. Wilczek zum Chef des obersten Rechnungshofes (Generalrechnungsdirektorium) ernannt werden. Aus sicherer Quelle hören wir, daß all' diese Kombinationen der Begründung entbehren. — Der Tag der Abreise des Ministerpräsidenten Fürsten von Schwarzenberg nach Dresden ist noch unbestimmt. Derselbe wird vorher noch mit dem dänischen Minister Grafen v. Sponneck etliche Unterredungen halten. Es bestätigt sich, daß das k. österr. Kabinet die Sache Schleswigs von der Holsteins als geschieden betrachtet, und daß in diesem Sinne auch die betreffenden Staatsschriften abgefaßt sind. Man hofft hier, das kgl. preußische Kabinet werde sich ebenfalls noch dieser Auffassung anschließen.

In mehreren Kronländen werden Justizkommissionen gebildet, welche die administrativen Ergebnisse der neuen Justizorganisation und insbesondere der Strafrechtspflege zu prüfen und demgemäß Reformanträge zu stellen haben werden.

Es ist durchaus ungegründet, daß die österr. Regierung an die nordamerikanische das Ansinnen gestellt habe, sie solle Kossuth die Aufnahme verweigern.

Frankreich.

× **Paris,** 4. Febr. [Tagesbericht.] Die allgemeine Aufmerksamkeit ist in diesem Augenblicke auf die Dotations-Angelegenheit gerichtet, deren Chancen verschieden gewürdigt werden. Wenn man nach der Aufnahme, die dieser Entwurf in der Presse gefunden hat, urtheilen soll, so scheint das Durchfallen desselben gewiß. Mit Ausnahme der bonapartistischen Journale spricht sich auch nicht ein Organ zu Gunsten des präsidentiellen Antrages aus. Allerdings repräsentiren die Journale in diesem Punkte ganz besonders die Partei-Leidenschaften weit mehr als die öffentliche Meinung.

Man fürchtet hier gegenwärtig nichts mehr als das, was die öffentliche Ruhe stören könnte. Das Verwerfen der Dotation könnte aber das Signal zu einem neuen und sehr ernsten Zwiespalt zwischen den beiden Staatsgewalten werden und Störung in die Geschäfte bringen; folgerecht würde auch die Majorität des Landes das Verwerfen der Dotation nicht billigen, obgleich sie sich bis jetzt und unter allen vorangegangenen Regierungen jedem Geldverlangen des Staats-Oberhauptes feindlich gezeigt hat. Es handelt sich darum, dem Präsidenten 1,800,000 Fr. mehr zu geben, um die Ruhe zu erhalten; das Land findet, daß einige Monate Ruhe nicht zu theuer mit dieser Summe bezahlt sind und es würde denen wenig Dank wissen, die es mit der Verweigerung des Geldes neuen Unruhen aussetzen sollten.

In diesem Sinne, glaube ich, spricht sich die öffentliche Meinung zu Gunsten der Dotation aus, ohne deshalb zum Bonapartismus hinzuneigen, und eben deshalb glaube ich auch, würde die öffentliche Meinung auf die Versammlung influiren, daß sie schließlich die Dotation doch votiren wird.

Das Petitionswesen gegen und für die Verlängerung der Präsidialgewalt fängt an, sich zu organisiren. Die Initiative hierzu ist von den Bonapartisten ausgegangen.

„l'Ordre" bemerkt über die Dotationsfrage: „Als man voriges Jahr einen außerordentlichen Kredit gleicher Art von der Versammlung verlangte, erhoben sich im Geiste derer, die nicht Verachtung aller Gesetze schamlos zur Schau tragen, zwei gewichtige Einwendungen. Einerseits setzt ein Artikel der Verfassung den jährlichen Gehalt des Präsidenten auf 600,000 Fr. fest, ein Artikel, der bereits durch Bewilligung von 600,000 Fr. für Repräsentationskosten seine weiteste Auslegung erhalten zu haben schien, ohne gewisse Anweisungen auf die für die Ministerien bewilligten öffentlichen Unterstützungen zu rechnen. Die zweite Gefahr hat mit eben so viel Geist als Kraft Thiers in seiner letzten Rede bezeichnet. Es ist die Veränderung der Wesenheit der Präsidentschaft der Republik durch eine sich auf mehrere Millionen belaufende Dotation. Um alle Skrupel zu beseitigen, antwortete man damals, es handle sich gar nicht um eine jährliche und regelmäßige Dotation, sondern um einen außerordentlichen Kredit für dieses Mal."

Le Pays bemerkt in seiner Rede pro domo d. d. für die Dotation: „Wir haben nicht nöthig, daran zu erinnern, wie sehr wir die Bewilligung eines Kredits, welcher dem Staatsoberhaupte erlaubt, das Unglück zu unterstützen, den Arbeiter leben zu lassen, dem Handel aufzuhelfen, als eine eben so weise wie der Nationalwürde angemessene Maßregel zu betrachten. Was wir aber nicht zu viel sagen, nicht zu viel wiederholen können, ist, daß Frankreich Ordnung, Ruhe und Frieden will und daß es die Verantwortlichkeit für seine Leiden jenen zuwiese, welche sie durch Verweigerung eines Kredits, dessen Bewilligung es wünscht, dessen Verwendung es billigt, herbeigeführt hätten. Der Parteigeist allein, von den beklagenswerthen Einflüsterungen der legimistisch-montagnardistischen Koalition Rath nehmend, könnte eine Schicklichkeitsfrage zu einer politischen verdrehen und man weiß, wie hoch Frankreich den Parteigeist anschlägt." Dagegen bemerkt Berryers Organ, „l'Union," über denselben Gegenstand: „Die Klugheit gebietet und befiehlt Verwerfung der Dotation. Neulich bei einer feierlichen Gelegenheit hat die Versammlung eine andere Bezeichnung gewählt. Wir wiederholen sie nicht. Die Präsidentschaft ist eine Errichtung, an der Niemand vor dem durch die Verfassung festgesetzten Zeitpunkte und in äußeren Bedingungen etwas ändern darf. Ist die Dotation nicht eine Aenderung, so bezeichnet sie doch das Streben darnach, wozu die Versammlung weder Recht noch Pflicht hat. Ein erstes Mal konnte man aus lobenswerther Sehnsucht nach Versöhnung und Frieden in eine unter dem Schutze der Ungewißheit stehende Probe willigen. Man könnte es nicht ein zweites Mal ohne Schwäche."

Es bestätigt sich, daß der flüchtige Repräsentant Felix Pyat aus der Schweiz ausgewiesen worden.

Bei Beginn der heutigen Sitzung legte der Minister des Innern eine Kreditforderung zum Behufe der Kostenbewilligung für die am 1. März beginnende Privat-Telegraphie nieder. Hierauf wurde zur Debatte über den Antrag der Kommission, den Schuldenarrest Mauguins zu bewilligen, geschritten. Plötzlich betritt A. Thouret zur allgemeinen Ueberraschung die Tribüne und verliest einen an ihn gerichteten Brief des Hauses Cheron, Gläubiger Mauguin's, in welchem dieser erklärt, aus Achtung vor der Nationalversammlung seine Forderung auf Bewilligung des Schuldenarrestes Mauguins, da er einsehe, daß dieselbe von politischen Parteiabsichten mißbraucht würde, zurückzunehmen. Der Berichterstatter verlangt die Zuweisung dieses Briefes an die Kommission. Dies wird nach heftiger Opposition zugestanden und nach einiger Unterbrechung erkennt die Kommission die Echtheit des Briefes an, bedauert jedoch, daß das Zurücktreten des Gläubigers so spät erfolgt sei. — Hierauf interpellirt Dain den Minister des Innern über die Strenge des Zellengefängnißsystems und bringt die schauderhaftesten Belege für seine Interpellation vor. Der Minister widerlegt dieselbe jedoch in einer geschickten Rede, welche vielen Beifall findet, und in welcher er unter Andern anführt, daß viele Gefangene bäten, in das Zellengefängniß abgeführt zu werden. Da kein Antrag formulirt wird, nimmt die Tagesordnung ihren Gang.

Großbritannien.

London, 3. Febr. Diesen Nachmittag ward im Buckingham-Palast in Gegenwart der Königin eine Sitzung des Kabinetsraths gehalten, an der sämmtliche Minister theilnahmen und in der die morgen bei Eröffnung des Parlaments zu verlesende Thronrede Ihrer Majestät vorgelegt wurde. Lord John Russel gab den ministeriellen Mitgliedern des Unterhauses und Lord Landsdowne denen des Oberhauses ein Diner, bei welchem die Mittheilung der Rede erfolgte. Ueber ihren Inhalt und den der Antworts-Adressen sagt der Observer: „Es wird uns versichert, daß Ihre Majestät sich über die alle Gemüther bewegende Tagesfrage in einer Weise äußern werde, die keine zweideutige Auslegung gestattet. Die aus verschiedenartigen Bestandtheilen zusammengesetzte Opposition wird weder im Ober- noch im Unterhause Gelegenheit haben, darauf bezügliche Amendements in den Antworts-Adressen anzubringen. Ueber andere Gegenstände würde jeder Versuch eines mißbilligenden Votums nicht nur hoffnungslos, sondern abgeschmackt sein. Der gegenwärtige Zustand von beispielloser Wohlfahrt und Zufriedenheit im ganzen Reiche und die friedlichen Beziehungen zum Auslande lassen auch nicht den Schatten eines Vorwandes zur Opposition übrig. Es ist möglich, daß eine Koalition von einigen irischen Mitgliedern der extremen Partei mit einer noch geringeren Anzahl der „Manchester-Schule" und einer Hand voll ungeduldiger Peeliten und Jung-Engländer, wenn auch nur auf eine Nacht, stattfinden dürfte, aber ohne Zweifel wird ihnen das Unterhaus eine Lektion über die wahre öffentliche Meinung Englands in diesem Punkte geben. Die Protektionisten sind inzwischen sehr thätig, und die liberale Partei würde gut thun, ihr Beispiel zu befolgen, und sich auf alle Fälle gefaßt zu machen."

Provinzial-Zeitung.

† **Breslau,** 7. Febr. [Militärisches.] Die Demobilisirung der Armee schreitet nun rasch vorwärts. Auch in unserer Stadt werden die Truppengattungen vermindert; so ist am heutigen Tage die Pionnier-Abtheilung, bestehend aus 2 Kompagnien, incl. des ganzen Trains mit den Pontons, nach Neisse ausmarschirt, um 300 Mann nach den Jahrgängen zu entladen. Eben so ist der Rest des 22. Regiments gestern ausmarschirt. Bei der Artillerie sollen von jedem Regiment 5 Batterien, wie wir gehört haben, demobilisirt werden. Daß das Kürassier-Regiment nicht hierher zurückkehren dürfte, haben wir schon berichtet; man bezeichnet die Truppengattung schon näher, welche an dessen Stelle einrücken soll. Man glaubt, daß das Regiment grüne Husaren oder ein Ulanen-Regiment hier garnisoniren wird.

§ **Breslau,** 7. Febr. [Vaterländische Kultur.] Während aus allen andern Provinzen unseres Vaterlandes bereits zahlreiche Anmeldungen zur „Londoner Industrie-Ausstellung" eingelaufen sind, scheinen die Industriellen Schlesiens an jenem Unternehmen, welches einen getreuen Spiegel von dem Kulturzustande der ganzen Welt abgeben soll, sich nur in geringem Maße betheiligen zu wollen. Zwar hat der hiesige Gewerberath eine Kommission niedergesetzt und als deren Hauptaufgabe die Aufmunterung schlesischer Gewerbtreibender zur Theilnahme an der Londoner Ausstellung bezeichnet. Von der Thätigkeit dieser Kommission ist jedoch bis jetzt nichts Erhebliches bekannt geworden, ohne Zweifel fehlt es derselben noch an Gelegenheit, ihre volle Wirksamkeit zu entfalten.

Um so erfreulicher ist es daher, wenn der einzelne Mann weder Mühe noch Opfer scheut, einen speziell preußischen Industrie-Zweig durch eine eben so reiche als geschmackvolle Auswahl vollendeter Industrie-Erzeugnisse in London würdig repräsentiren zu helfen. Wir meinen den Bernsteinwaarenfabrikanten Herrn Winterfeld aus Danzig, welcher gegenwärtig hier ansäßig ist und in einem besonderen Lokale (Ring Nr 43, 2 St.) diejenigen Gegenstände zeigt, welche er für die Londoner Ausstellung bestimmt hat. Hier findet man den Bernstein in allen seinen Abstufungen und Farbenschattirungen, vom rohen, unscheinbaren Naturzustande bis zum feinsten, glasartig geschliffenen Kunstprodukt.

Von großem Werthe ist eine aus massivem Bernstein gearbeitete Blumen-Vase, deren Vorderseite das Bruststück eines Bildhauers zeigt, welcher soeben Meißel und Amboß zur Seite legt, der Aufsatz besteht in einer lebensgroßen Figur, die schon in Agat oder Marmor zu den seltensten Kostbarkeiten gehören würde. Und nun erst in gediegenem Bernstein! Die verschiedenen Arten von Halsbändern, Brochen, Mundstücken, Pfeifen- und Cigarren-Spitzen, welche Herr Winterfeld den Besuchern seines Lokals vorzeigt, blenden das Auge eben so sehr durch ihre große Mannigfaltigkeit uns Eleganz, wie durch das äußerst kunstvolle Schnitzwerk, das stets an der rechten Stelle angebracht ist. Es würde zu weit führen, wollten wir alle die niedlichen Kleinigkeiten, in denen Hr. Winterfeld seine Meisterschaft nicht minder bewährt, unserer Beurtheilung unterziehen.

Hr. Winterfeld führte uns auch in sein Atelier, und gewährte uns einen Blick in die daselbst aufgespeicherten Vorräthe. Dort lag das rohe Material, zum Theil schon halb bearbeitet in großen Massen ausgebreitet. Der Besitzer verschaffte uns sogar den Genuß, ein noch ganz rohes Gestein unter seinen Händen vor der schlackigen Hülle befreit und den edelsten Bernstein daraus hervortreten zu sehen. — Einige interessante Naturerscheinungen, wie Insekten und Wassertropfen, welche im Bernstein vorkommen, werden von Herrn W. ebenfalls mit freundlicher Bereitwilligkeit vorgezeigt. Mit Meerschaumköpfen und sonstigen Verzierungen derselben Art ist die W.'sche Schaustellung reichlichst ausgestattet. Der Werth der für die Londoner Ausstellung bestimmten Sachen beläuft sich auf 2000 Thlr.

Nicht unerwähnt können wir lassen, daß Hr. W. für seine Einsendungen zur sächsischen Industrie-Ausstellung im vorigen Sommer eine kostbare Preismedaille und ein Ehren-Diplom von Sr. Maj. dem Könige von Sachsen erhalten hat. Wir wünschen dem strebsamen Meister auch jenseits des Ozeans den besten Erfolg und empfehlen seine Schaustellung, die nur noch bis Sonntag Abend geöffnet bleibt, der Beachtung des hiesigen Publikums.

Breslau 4. Februar. [Evangelischer Verein.] Vorsitzender: Schmeidler. Dieser beantwortet eine vorliegende Frage dahin, daß die evangelische Kirche in jeder christlichen, also auch in der katholischen Kirche die christliche Grundlage anerkannt, Zusätze aber abweist. Böhmer bemerkt, daß geschichtlicherweise das Einheitliche besonders in den Begriffen von Gott und Christus liege. Weingärtner sieht das Wesentliche der evangelischen Kirche in ihrem Halten am Gotteswort im Evangelium. Was dem entgegen, weise sie ab; freie Forschung in ihm sei ihr Grundsatz, entgegen dem der katholischen Kirche. Böhmer findet „Evangelium" als Unterscheidungsmerkmal zu unbestimmt. Vorsitzender fügt bei, daß auch mit den Begriffen von Gott und Christus die Unterschiede noch nicht erschöpft seien. — Die Besprechung des Gröger'schen Vortrags über den Beruf des Geistlichen (vor. Sitzung) eröffnete Böhmer. Derselbe vermißt die Charakterisirung des eigenthümlich Christlichen im Predigerberuf, indem Manches auch auf nichtchristliche Geistlichen gepaßt. An den christlichen Geistlichen müsse gelegt werden der Maßstab des Gotteswortes, namentlich des im apostolischen Zeitalter gepredigten. Das Gotteswort sei das ewige in der Zeit. Gröger erklärt, daß das Christenthum in dem Grade die höchste Religion sei, als die gesammte antike Weltentwickelung nur die Geburtsstätte der christlichen Idee zu nennen. Daher unterscheide sich auch der christliche geistliche Beruf spezifisch von jedem andern Christenthume. Umkehr zur Urkirche sei mit Recht einer Umkehr in den Mutterleib verglichen worden, und die theoretische wie praktische Entwickelung der christlichen Idee bis zur Gegenwart eine nothwendige gewesen, die, aus der Geschichte gestrichen, von Neuem begonnen werden müßte. Krause hat den Punkt, daß der Beruf des Geistlichen auf der christlichen Idee beruhe, in Grögers Vortrage zwar dem Sinne nach, aber nicht ausdrücklich erwähnt und außerdem zu viele Einzelheiten über das praktische Leben des Geistlichen gefunden, die sich nur mit Berücksichtigung örtlicher und persönlicher Verhältnisse feststellen lassen. Weingärtner will die Predigt nur in so weit als „Kunstwerk" zugeben, als es freie Gedankenbewegung nicht hindert und keine künstliche Ueberredung verstattet. Unter „zeitgemäßen" Predigten versteht er ein Genügen dem Bedürfniß der Zeit, nicht aber Nachgeben jeder ihrer Richtungen. Oelsner nennt Zeitgemäßheit nicht das Segeln mit dem Winde, sondern freies Aussprechen dessen, was einer Zeit noththut; dies wird sich oft gerade gegen fälschlich sogenanntes Zeitgemäßes, von welcher Seite auch es komme, zu wenden haben. Gröger einstimmend, scheidet unreife und trübe Zeitrichtung von wahrer und echter Zeitbildung, weist die Kunstform als die ihrem Inhalt vollkommen entsprechende Form nach, welche der Kanzelredner anstreben müsse, und zeigt die Einzelheiten seines Vortrags als Beispiele, wie der Geistliche sowohl durch Lehre als durch sein Leben in der Gemeinde wirken solle. Schmeidler knüpft hieran die Beantwortung der Frage, warum man die Prediger „Geistliche" benenne. Der Beruf, den Geist des Herrn zu verarbeiten und in Wort und That zu offenbaren, rechtfertigt diesen Namen. Böhmer kann den Ausdruck nur dann angemessen finden, wenn nicht verkannt wird, daß auch der wahrhaft christliche Laie Geistlicher sei im Paulinischen Sinne.

Kletke weist die Verdächtigung des katholischen Centralvereins, als habe er durch sein Gleichniß vom Diamanten (vorletzte Sitzung) denselben anzugreifen gesucht, entschieden zurück. Es hat nicht eine Spur von Beziehung auf jenen Verein in seinen Worten gelegen, auch wohl kein Anlaß zur „Heiterkeit" für denselben. Döring bemerkt auf Grund eigener Anschauung, daß ein gewisser Redner dort stets von Heiterkeit begleitet werde. Eine Mißdeutung jenes Gleichnisses gehe über die Grenze bloßer Einfalt hinaus. Oelsner protestirt gegen den Schluß dieser den ganzen Verein betreffenden Sache.

Krause stellt in einem längern Vortrage die Ereignisse und Aktenstücke zusammen, welche die Einführung der Union am hiesigen Orte vorbereiteten und begleiteten. Der Gegenstand dieses Vortrags kommt zur weiteren Besprechung nach Oelsner's Antrag auf nächste Tages-Ordnung. Böhmer beantragt vor allen Dingen Debatte über die Beschlüsse der Synode von 1822. Th. D.

Breslau, 6. Febr. [Central-Auswanderungs-Verein für Schlesien.] Sitzung vom 5ten d. Genehmigung des vorigen Protokolls. Tagesordnung: Mittheilungen, Winke für Auswanderer, Vereinsangelegenheiten.

1. Mittheilungen aus der Auswanderungszeitung. Aus New-York wird geschrieben, daß man dort, auf die Nachricht von der gelungenen Flucht Kinkels, ein förmliches Fest veranstaltet habe. — In New-York giebt es 114 öffentliche und 68 Wardschulen, in denen 103,000 Kinder unterrichtet werden können. Nicht ganz 36,000 sollen jedoch die Schulen besuchen. — Die Aussichten zur Auswanderung nach Central-Amerika trüben sich durch den Krieg zwischen Costa-Rica und Nicoragua. — Für Literaten, Lehrer und Buchhandlungsgehülfen ist in der Union kein Erfolg zu hoffen, desto mehr für Zimmerleute, Bautischler, Grobschmiede und Musiker. — Aus Kurhessen wird wahrscheinlich eine sehr starke Auswanderung anheben. Die bereits Fortziehenden werden von den Zurückbleibenden mit neidischen Blicken angesehen. — Zwischen der Schweiz und der Union bildet sich ein immer freundlicheres Verhältniß. Waadtländer und Graubündtner streiten sich darum, welcher Kanton den schönsten Felsblock zum Washington-Denkmal nach Amerika absenden wird. — In St. Louis sind 4—5 Waschfrauen aus Sacramento-City (Kalifornien), jede mit einer Verdienstsumme von 15—20000 Dolla, angekommen und wollen in die Heimath zurückkehren. Also aufgepaßt!

Ein Originalbrief über Texas, von einem Schlesier geschrieben, schildert die dortigen Verhältnisse in weniger günstigen Farben, als derjenige, welcher in der vorigen Woche vorgelesen wurde, dennoch bestätigte der anwesende texanische Farmer, Vereinsmitglied Wieprecht, im Allgemeinen das Treffende in den Ansichten des Schreibers, einige Unrichtigkeiten abgerechnet.

Außerdem gab der Vorsitzende eine Charakteristik des Volkes in Chile.

2. Winke für Auswanderer. Von New-York aus hat sich der Auswanderer vor solchen Touren zu hüten, bei welchen ein öfteres Umladen des Gepäckes auf Eisenbahnen, Kanal- und Dampfbooten, Wagen etc. nöthig wird, weil dies sehr theuer zu stehen kommt. — Nach den Staaten, in die man über New-Orleans durch den Mississippi und dessen Nebenflüsse gelangen kann, ist die Fahrt, obgleich viel weiter, doch billiger, als über New-York, z. B. nach Cincinnati. — Das amerikanische Dampfboot und das Leben auf demselben.

3. Da die alten Mitgliedskarten zu Ende gehen, hat der Verein andere, praktischere anzufertigen beschlossen. — Eine dem Vorsitzenden zugesandte Anzahl von einigen 10 Auswanderungsschriften soll unter die Vorstandsmitglieder zur Prüfung und resp. Auswahl für die Bibliothek des Vereins vertheilt werden. — Das Mitglied Kahl brachte ein Stück Schilf aus Tenessee zur Ansicht mit, dessen große Dimensionen Staunen erregten.

Schließlich wurde der Vorsitzende aufgefordert, den ersten § aus Bromme's Werk über Chile vorzulesen, was zu allgemeiner Befriedigung der Anwesenden geschah.

Zwölf Gäste waren anwesend. Schluß der Sitzung nach 9¼ Uhr.
C. W.

* **Steinseiffen,** 6. Februar. [Die neue Gemeinde-Ordnung und die alte Gemeinde-Unordnung.] Es giebt unter den Landleuten, in denen noch einiger Gemeinsinn herrscht, wohl nur wenige, welche nicht die Einführung der Gemeinde-Ordnung sehnlichst wünschen, selbst diejenigen, die ihren politischen Werth nicht zu würdigen wissen, verlangen nach ihr, und hoffen durch ihre Einführung der alten Gemeinde-Unordnung ein Ziel gesteckt zu sehen. Es ist kaum glaublich, wie weit die Unordnung in der Verwaltung in manchen Gemeinden gediehen ist und welcher Nachsicht einzelne Ortsbehörden sich zu erfreuen haben. Ein schlagendes Beispiel hierfür stellt die hiesige Gemeinde dar. Nach einer alten Verordnung, die, so viel wir wissen, noch nicht aufgehoben ist, sollen die Gemeinde-Rechnungs-Revisions-Atteste alljährlich im Monat Mai eingereicht, bis dahin also die Gemeinde-Rechnungen gelegt, revidirt und die etwanigen Monita erledigt sein. Auf die hiesige Ortsbehörde scheint jene Verordnung keine Anwendung zu finden. Nach einer uns kürzlich vorgelegenen Verfügung waren die Monita der Gemeinde-Rechnung von 1846 noch nicht erledigt, die Rechnungen für 1847 und 48 zwar gelegt, aber nicht revidirt, die Rechnung von 1849 aber noch gar nicht gelegt. Wie nachtheilig eine solche Unordnung im Rechnungswesen auf den Gemeindehaushalt wirken muß, läßt sich leicht denken. Die Abgabenreste häufen sich, einzelne Gemeindeglieder machen sich allenfalls selbst ihre Abgabensätze und zahlen was ihnen beliebt. Wenn der Einnahme-Etat die Ausgaben nicht mehr deckt, so werden entweder Extrasteuern erhoben, oder die Kasse bleibt mit ihren Verbindlichkeiten im Rückstande, dadurch mehrt sich die Kommunalschuld von Jahr zu Jahr und die Gemeinde geht ihrem Ruine mit Riesenschritten entgegen. Wer sollte unter diesen Umständen, die wohl auch in vielen andern Gemeinden obwalten mögen, nicht die baldige Einführung der Gemeinde-Ordnung und mit ihr eine kräftige und geregelte Verwaltung wünschen? Da müssen alle politischen Bedenken und Rücksichten schwinden, alle wahren Patrioten zu dem einen Ziele — Förderung und Kräftigung des Gemeinwohls — sich vereinigen. Auch vorstehende Zeilen sind in der Absicht niedergeschrieben, zur Beseitigung der gerügten Unordnung beizutragen. Möchte die Aufsichtsbehörde sich durch eine genaue Recherche, von der ganzen Sache Kenntniß verschaffen und durch eine Radikalkur dem Uebel abhelfen.

Görlitz, 5. Febr. Gestern Nachmittag hielten die Bäckergesellen bei Uebernahme der Gesellenlage aus den Händen der Meister mit der Musik des 5. Jägerbataillons (in Civil) einen Umzug in der Stadt in ihrer Tracht, wie wir solche vom vorjährigen Volksfeste her kennen. Außer den Oberältesten wurde auch dem Stadtrath Prüfer in der Neißvorstadt ein Hoch gebracht. (G. A.)

Ueber die bisherige Thätigkeit der Bezirks-Kommission im Breslauer Regierungsbezirke vernimmt man, daß dieselbe bis jetzt über die Reklamation gegen die Abgrenzung der Gemeindebezirke in fünf Kreisen entschieden, und zwar durchweg auf die Trennung der Dominien von den Gemeinden erkannt hat, denen die Kreiskommissionen die Dominien zugetheilt hatten. **Auch die Verschmelzung mehrerer Gemeinden hat in der Bezirkskommission nirgend Eingang gefunden.** (C. C.)

Mannigfaltiges.

— (Berlin, 6. Febr.) Man beabsichtigt bei dem Wiederaufbau des niedergebrannten Krollschen Etablissements statt des dazu nöthigen Holzes sich des Eisens zur größeren Verhütung von Feuersgefahr zu bedienen. Wahrscheinlich werden zu diesem Behuf die eisernen Gegenstände in der Borsigschen Maschinen-Bau-Anstalt angefertigt werden. Den Bau selbst wird der Architekt Tietz leiten. Die beim Brande stehen gebliebenen Mauern müssen gänzlich niedergerissen werden, da solche vom Feuer zu sehr gelitten haben. Das Baumaterial, welches dabei etwa noch gewonnen werden möchte, soll sich für den Neubau nicht eignen.

— (Wien, 6. Febr.) Auf dem letzten Hofballe erfuhr der Kaiser im Gespräch mit einer Dame, daß ihr Gemahl, k. k. General in einer entfernten Stadt, bedeutend erkrankt und sie seit einigen Tagen in schmerzlicher Ungewißheit über sein Befinden sei. Unter den Versicherungen seiner Theilnahme schied der Kaiser, um schon nach einer halben Stunde zu der Dame mit den tröstenden Worten zurückzukehren: „Der Telegraph hat mir so eben die Nachricht gebracht, daß sich der Zustand Ihres Gemahls bedeutend gebessert hat."

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

§ **Breslau,** 7. Febr. [Kaufmännisches. — Gewerbliches.] In der gestrigen Versammlung des kaufmännischen Vereins wurde von der in voriger Sitzung ernannten Kommission berichtet, daß eine Erweiterung des Steuerkredits zu Gunsten derjenigen Kaufleute, welche jährlich weniger als 6000 Thlr. Steuer entrichten, wohl wünschenswerth erscheine, doch lasse sich kaum annehmen, daß der Verein in dieser Sache mit Erfolg vorangehen könne. Zweckmäßiger wäre dagegen eine Befürwortung des Antrages durch die Handelskammer. Die Versammlung entschied sich gegen jede weitere Verfolgung dieser Angelegenheit.

Ueber die von den hiesigen Tabaksfabrikanten und Kaufleuten abgeschickte Petition gegen die von Oesterreich in Vorschlag gebrachte Einführung des Tabak-Monopols entspann sich eine längere Debatte. Es machte sich die Ansicht geltend, die Regierung werde auf alle Petitionen und Denkschriften aus dem Volke kein großes Gewicht legen, sondern unbeirrt auf dem Wege fortschreiten, welchen sie für den besten halte.*) — Zu demselben Resultat führte die Erörterung der Frage: ob in der vom Ministerium verfügten Erneuerung der Bankgerechtigkeits-Ablösung etwas zu thun sei.

Vor längerer Zeit hatte der Verein beschlossen, beim Ministerium und den Kammern zu beantragen, daß die Berechtigung zum Betriebe eines kaufmännischen Geschäfts künftig von einer vorgängigen Prüfung abhängig gemacht werde. Der Vorsitzende, Hr. Hammer, verlas nun einen ähnlichen Antrag des Gewerberathes zu Magdeburg, welchen die Kammer bereits einer Kommission zur Begutachtung überwiesen habe. Die Versammlung genehmigte den Vorschlag, daß die Kommission des Vereins mit dem Magdeburger Gewerberathe in Verbindung trete, um dessen Petition ihren Beschlüssen zu Grunde zu legen.

Von Herrn Neugebauer wurde hierauf ein schriftlich motivirter Antrag eingebracht, welcher dahin ging, der Verein möge entweder eine selbstständige Unterstützungskasse für verarmte Kaufleute ins Leben rufen oder einen stärkeren Anschluß seiner Mitglieder an die hier bestehende kaufmännische Korporation herbeizuführen suchen. Die für einen so umfassenden Zweck erforderliche Ausarbeitung einer hinlänglich motivirten Vorlage wurde dem Vorstande übertragen. In einer der nächsten Sitzungen soll das Projekt näher erörtert werden, die Einladung der Mitglieder wird unter Mittheilung der Tages-Ordnung pr. Cirkulair erfolgen.

Herr Dr. Marbach hat sich auf das Ansuchen eines Vereinsmitgliedes bereit erklärt, in der künftigen Versammlung einen Vortrag über die verschiedenen Systeme der elektomagnetischen Telegraphen zu halten. Der Redner wird seinen Vortrag durch geeignete Experimente erläutern. — Zur Beaufsichtigung der Lehrstunden während der nächsten 14 Tage wurden ernannt die Herren Meierhof, Rösler, Steske und Germershausen.

Aus der letzten Sitzung des Gewerbe-Vereins haben wir eine von Hrn. Dr. Schwarz mitgetheilte neue Verwendung von Oelsäure nachzutragen. Die Säure wird durch Auflösung in starkem Alkohol durch Hinzufügung einiger Tropfen Schwefelsäure und gelindes Erwärmen an Aethyloxyd gewonnen. Das oelsaure Aethyloxyd erhebt sich dann zur Oberfläche, und man befreit es von Säure und Alkohol durch Schütteln mit Wasser. In diesem Zustande erscheint es als ein sehr dünnflüssiges Oel, welches neutral reagirt, durchaus nicht erstarrt, einen schwachen Geruch und milden Geschmack hat, Metall nicht angreift und deshalb zum Schmieren von Maschinentheilen, sowie von Uhrenwerkzeugen verwendet werden kann. Der Preis desselben dürfte sich bei einer ausgedehnten Fabrikation so niedrig stellen lassen, daß es auch als Lampen-Oel wird benutzt werden können. Dann würde es sogar vor so vielen Sorten des gewöhnlichen Oels den Vorzug haben, daß es keinen übeln Geruch verbreitet und mit sehr schöner, weißer Flamme brennt.

≅ **Berlin,** 6. Febr. Dem Vernehmen nach sind von den betreffenden Stellen Verhandlungen angeknüpft, die darauf abzwecken, das Eigenthum beider sehr rentablen Eisenbahnen, der Berlin-Anhalter und der Magdeburg-Leipziger, in die Hände des Staats übergehen zu lassen. Es müßte dies, insofern es sich verwirklichen sollte, bei der Lage der beiden Bahnen auf den Besitzstand mehrerer anderer wichtigen Bahnen nothgedrungen zurückwirken.

** **Wien,** 6. Februar. In der heutigen Sitzung des Zoll-Kongresses wurden, wie wir vorläufig berichten, folgende Beschlüsse gefaßt: Für Baumwolle wurden die Ansätze des Entwurfes, 5 Kr. Einfuhrzoll pro Ctr. netto, Ausfuhr frei, beibehalten. Der Zoll von Flachs, Hanf etc. ebenfalls mit der im Entwurfe beantragten Ziffer: 5 Kr. bei der Einfuhr, bei der Ausfuhr frei, angenommen. Für Schafwolle, sowohl roh als in Abfällen, wird über Antrag des Herrn Abgeordneten, Fürsten Salm, ein Zoll von 5 Kr. bei der Ein- und Ausfuhr festgestellt.

* In mehreren hiesigen öffentlichen Lokalitäten werden nächstens Versuche mit einem neuen Beleuchtungsstoffe „Carphine-Oel" gemacht werden, das in England erfunden und in Belgien seit einiger Zeit mit glücklichem Erfolge angewendet wird. Dieses Oel ist eine tragbar-flüssige Gasart, aus Terpentin und mehreren andern uns unbekannten chemischen Stoffen auf Destillationswege gewonnen. Es überbietet an Intensität des Lichtes, an Wohlfeilheit und Geruchlosigkeit im brennenden Zustande bei weitem das Gaslicht, vor dem es noch den Vorzug hat, daß es ohne große Beschwerde auch zur Speisung kleiner Zimmerlampen angewendet werden kann. Ein hiesiges chemisches Etablissement wird öffentliche Proben über die Zweckmäßigkeit dieses Beleuchtungsstoffes ablegen, um dasselbe zur allgemeinen praktischen Anwendung zu bringen. Ein Loth dieses Fluidums giebt durch eine Stunde dasselbe Licht, wie eine starke Gasflamme, und kostet nur 1 Kr. C.-M.

*) Vergl. die heutige Nr. der Breslauer Zeitung unter „Berlin, Tagesbericht."

Inserate.

Bekanntmachung.

Bei dem Revidiren der Bäckertaxen in vergangenem Monat fand sich bei den meisten Bäckern ein Mehrgewicht gegen ihre Selbsttaxen vor. Nur bei dem Bäckermeister Camönisch, Friedrich-Wilhelmsstr. Nr. 13, wurde ein Mindergewicht gegen seine Selbsttaxe vorgefunden, weswegen derselbe zur Untersuchung gezogen worden ist und seiner Bestrafung entgegenzusehen hat.

Für den Monat Februar d. bieten die hiesigen Bäcker nach ihren Selbsttaxen dreierlei Sorten Brodt zum Verkauf und zwar für **2 Silbergroschen:**

Größtes Gewicht.

1. Sorte:
Bäckermeister Steinert, Karlsplatz 4, 2 Pfd. 4 Lth.

2. Sorte:
" Guckel Mehlgasse Nr. 29, 2 Pfd. 18 Lth.

3. Sorte:
" Würfel, Scheitnigerstraße 10, 3 Pfd. 10 Lth.

Kleinstes Gewicht.

1. Sorte:
" Bunke, Berger, Bode, Cras, Deemig, Einenkel, J. G. Förster, S. Förster, Th. Förster, Hopf, Herrmann, Krewitz, Lücke, Ludwig, Möschke, Pohla, Pommer, W Rösler, Schramm, Schüchner, Schindler, Stahl, Woiwode geben 1 Pfd. 16 Lth.

2. Sorte:
" Abel, Adam, Bernhardt, Bitterolf, Bunke, Baumann, Bode, Blank, Caspary, Cras, Dreßler, Deemig, Espenhahn, Einenkel, Flegel, J. G. Förster, S. Förster, Th. Förster, Germann, Geiger, Gabriel, Hopf, J. A. Hilß, Mantusch, Huber, Herrmann, Köcher, Kreutzer, Krewitz, Künneth, Lauterbach, Lorz, Lücke, Ludwig, Möschke, Noack, Pohla, Pirschel, Pommer, W. Rösler, Reinboth, Rücker, Rüster, Schramm, Schübel I., Scholz, Scholz, Sternitz, Satury, Stahl, Tietze I., Vetter, Welke, Winkler, Wappner und Ziegler geben 2 Pfund.

3. Sorte:
" Lücke, Schuhbrücke 28, 2 Pfd. 8 Lth.

Breslau, den 4. Februar 1851.
Königliches Polizei-Präsidium.
In Vertretung: Müllendorff.

Vorlagen zu den außerordentlichen Sitzungen des Gemeinde-Raths.

Sonntag den 9. Februar, Vormittags 11 Uhr, und
Montag den 10. Februar, Nachmittags 4 Uhr.

1. Verpachtung der Jagdnutzung auf den Dominial-Ländereien zu Riemberg und des Platzes an der Kirche zu St. Bernhardin.
2. Wahl der Mitglieder von städtischen Deputationen und der Bezirks-Vorsteher und deren Stellvertreter.
3. Die Etats der Marstall-Verwaltung, des Armen- und des Arbeitshauses, der Frohnvesten-Verwaltung, der Verwaltung der direkten Kommunalsteuer, des Administrationskostenfonds der Stadt-Bank, des Gymnasiums zu St. M. Magdalena, des Bankgerechtigkeiten-Ablösungs-Fonds und der höheren Bürgerschule zum heiligen Geist.
4. Verschiedene Gesuche.
5. Vorschläge zur Beschaffung eines Ersatzes für den Ausfall der Bürgerrechts-Gewinnungsgelder.

Gräff, Vorsitzender.

Appell!

Der Appell am 8. Februar und am 8. März d. J. fällt aus. Der nächste Appell wird am 5. April abgehalten.

Breslau, am 6. Februar 1851.

Der Vorstand des Vereins der pflichttreuen Krieger.

Theater-Repertoire.

Sonnabend den 8. Febr. 37ste Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen. **„Das Käthchen von Heilbronn.“** Großes romantisches Ritter-Schauspiel in 5 Akten, nebst einem Vorspiel: „Das heimliche Gericht“, von Heinrich v. Kleist, für die deutsche Bühne bearbeitet von Holbein.

Sonntag den 9. Februar. 38ste Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen. Zum 5ten Male: **„Die Erzählungen der Königin von Navarra“,** oder: **„Revange für Pavia.“** Schauspiel in 5 Akten von Scribe und Ernest Legouvé.

An Fräulein Emma Babnigg.

So hast Du denn mit Deinen Wunderklängen,
Uns abermals jetzt in den Bann gethan,
Und hätt' Dein Aug' nicht freundlich uns gelächelt,
So klagten wir der Zauberei Dich an.

Es haben Deine schönen Melodien,
In Träume uns gewiegt, so süß, so hold.
Wenn Du erscheinst, so neigen sich die Musen,
Die Grazien sind stets in Deinem Sold.

Mit wahrhaft innigem Entzücken, haben wir
Die Töne, ja die lieblichen, gelauscht.
O! möchtest Du auch dann noch unserer denken,
Wenn einst Dein Ruhm auch eine Welt
durchrauscht.

Schweidnitz, den 4. Februar 1851. L. B.

Todes-Anzeige.

Nach sechswöchentlichem Krankenlager verschied heute nach 4 Uhr Morgens in Folge Altersentkräftung unser inniggeliebter Vater, der Kaufmann Johann Wilhelm Liebich, im beinahe vollendeten achtzigsten Lebensjahre, was hiermit Freunden und Bekannten mit der Bitte um stille Theilnahme an unserm Schmerze ergebenst anzeigen.

Breslau, den 6. Februar 1851.

Die Kaufleute
Gustav und Adolph Liebich.

Todes-Anzeige.

Gestern Abend 8¾ Uhr entschlief sanft unser theurer Gatte und Vater, der königl. Rechtsanwalt und Notar Franz Leopold Harazim in einem Alter von 44 Jahren an Unterleibsleiden. Verwandten und Freunden zeigen wir dies tiefbetrübt und um stille Theilnahme bittend an.

Frankenstein, den 6. Februar 1851.

Emilie, verwittw. Harazim,
geb. Wache.
Fedor, Lothar, } Harazim.

Todes-Anzeige.

Heute früh 9 Uhr verschied in ihrem 48sten Lebensjahre nach fast 6monatlichem Krankenlager unsere geliebte gute Gattin, Mutter und Schwägerin, die Fr. Auguste Weinmann, geb. Gutperl. Um stille Theilnahme bitten die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Strehlitz, den 5. Februar 1851.

Sonnabend den 8. Februar wird die hiesige Sing-Academie im Musiksaale der Universität das Oratorium:

Saul von S. Fr. Händel

aufführen. Eintrittskarten à 20 Sgr. und Texte à 2½ Sgr. sind in den Musikhandlungen bei Bote u. Bock, Scheffler und Schuhmann zu haben. Am Eingange ist der Eintrittspreis 1 Rtl. Anschlagezettel werden nicht ausgegeben. — Einlass 5 Uhr, Anfang 6 Uhr, Ende nach halb 9 Uhr.

Meine in der Zeitung vom 6. Febr. angezeigte Verlobung mit Herrn Kuhl entbehrt jedes Grundes und erkläre ich dieselbe fur eine Verläumdung. Nanni Dresler.

Ressource zur Geselligkeit.

Sonnabend den 8. Febr., Abends 7 Uhr:
General-Versammlung,
Ballotage.
Montag den 10. Febr., Abends 7½ Uhr:
Tanz.

Bei Gebrüder Scherk in Posen ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen, in **Breslau** bei **Trewendt und Granier,** Ferd. Hirt und Kern zu haben:

Der kleine Pole,

oder

die Kunst

die polnische Sprache in einigen Tagen verstehen, lesen, schreiben und vollkommen richtig sprechen zu lernen.

Ein Hülfsbuch

für alle, welche nach Polen reisen und diejenigen, welche schnell polnisch lernen wollen.

Herausgegeben von
S.
Zweite verbesserte und vermehrte Auflage.
kl. 8. broch.
Preis: 11¼ Sgr,

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier unter Nr. 18 im Seitenbeutel belegenen, dem Kaufmann Louis Ferdinand Rochefort gehörigen, auf 845 Rthlr. 29 Sgr. 7 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin

auf den 7. März 1851,

Vormittags 10 Uhr,

vor dem Herrn Stadtgerichts-Rath Schmidt in unserem Parteien-Zimmer — Junkernstraße Nr. 10 — anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 12. November 1850.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier in der Schweidnitzer Vorstadt, neue Taschenstr. Nr. 6 b. belegenen, dem Rittergutsbesitzer Ernst Pucher gehörigen, auf 17,188 Rthl. 5 Sgr. 4 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin

auf den 6. Mai 1851,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem Herrn Stadtgerichtsrath Pflücker in unserm Parteien-Zimmer anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 6. September 1850.

Königliches Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Bekanntmachung.

Wegen des nach Breslau befohlenen Rückmarsches des königlichen 6ten Jäger-Bataillons cessirt die auf den 11. Februar angesetzte Versteigerung von 3 Trainpferden zu Freiburg und findet solche jetzt in Breslau

den 13. Februar früh 9 Uhr

im Hofe der Jägerkaserne und zwar von einigen Reit- und 25 Trainpferden gegen gleich baare Bezahlung an den Meistbietenden statt. Halftern können nicht mitgegeben werden.

K.-Q. Freiburg, den 6. Februar 1851.

Das Kommando des königl. 6. Jäger-Bat.

Zucker-Rüben-Saamen

ächte neue reele Waare hat noch abzulassen:
Ferdinand Schulze, in Magdeburg.

Offener Arrest.

Ueber das Vermögen des Weinhändlers und Restaurateurs Joseph Schubert, Ring Nr. 10 und 11, ist heute der Konkurs-Prozeß eröffnet worden.

Es werden daher alle Diejenigen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geldern, Effekten, Waaren und andern Sachen oder an Briefschaften hinter sich, oder an denselben schuldige Zahlungen zu leisten haben, hierdurch aufgefordert, weder an ihn, noch an sonst Jemand das Mindeste zu verabfolgen oder zu zahlen, sondern solches dem unterzeichneten Gericht sofort anzuzeigen und die Gelder oder Sachen, wiewohl mit Vorbehalt ihrer Rechte daran, an das stadtgerichtliche Depositorium einzuliefern.

Wenn, diesem offenen Arreste zuwider, dennoch an den Gemeinschuldners oder sonst Jemand etwas gezahlt oder ausgeantwortet würde, so wird solches für nicht geschehen geachtet und zum Besten der Masse anderweit beigetrieben werden.

Wer aber etwas verschweigt oder zurückhält, der soll außerdem noch seines Unterpfands oder andern Rechts daran gänzlich verlustig gehen.

Breslau, den 4. Februar 1851.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Aufruf.

Da bei der am 5., 6., 12. und 13. Juni 1850 abgehaltenen 99. Auction der im hiesigen Stadt-Leih-Amte verfallenen Pfänder und zwar bei folgenden Pfandnummern:

A. Aus dem Jahre 1845.

Nr. 21109. 27334. 27381.

B. Aus dem Jahre 1846.

Nr. 28807. 30276. 33350. 36703. 37001. 37046. 37506. 41535. 42003. 42716. 42873. 45356.

C. Aus dem Jahre 1847.

Nr. 46669. 47285. 47405. 49185. 49281. 51074. 51772. 52105. 52479. 52785. 52786. 53399. 53770. 53813. 55067. 55482. 56578. 57099. 57633. 58656. 58722. 59363. 59837. 59964. 61036. 61099. 66390. 66634. 67491. 69208. 69459. 71271. 72063. 72144. 73389.

D. Aus dem Jahre 1848.

Nr. 973. 1125. 1486. 5630. 5838. 6090. 7000. 8121. 11078. 14420. 15063. 17907. 18020. 18069. 18716. 20154. 20706. 20745. 21149. 21208. 21270. 21304. 21606. 21617. 21728. 21758. 21871. 21884. 21885. 22059. 22139. 22225. 22241. 22386. 22402. 22473. 22559. 22679. 22722. 22766. 22823. 22983. 23076. 23363. 23380. 23515. 23562. 23633. 23661. 23773. 23834. 23862. 23865. 23913. 24023. 24193. 24214. 24385. 24450. 24542. 24665. 24668. 24788. 24804. 24914. 24926. 24955. 24961. 25013. 25083. 25194. 25301. 25408. 25413. 25685. 25859. 25919. 26006. 26064. 26082. 26094. 26109. 26381.

E. Aus dem Jahre 1849.

Nr. 26478. 26585. 26594. 26655. 26711. 26734. 26772. 26949. 27008. 27034. 27043. 27086. 27119. 27204. 27280. 27418. 27473. 27560. 27566. 27774. 28051. 28129. 28210. 28224. 28283. 28288. 28312. 28378. 28412. 28489. 28657. 28757. 28758. 28814. 28958. 29061. 29083. 29089. 29173. 29358. 29365. 29423. 29535. 29551. 29637. 29659. 29729. 29758. 29898. 30094. 30176. 30275. 30365. 30379. 30401. 30412. 30433. 30490. 30589. 30682. 30781. 30836. 30837. 30881. 30883. 30886. 30929. 30995. 31165. 31176. 31280. 31497. 31573. 31577. 32013. 32021. 32104.

sich ein Ueberschuß ergeben hat, so werden die betheiligten Pfandgeber hiermit aufgefordert, sich bei unserem Stadt-Leih-Amte von jetzt ab bis **spätestens den 10. August 1851** zu melden, und den nach Berichtigung des Darlehns und der davon bis zum Verkaufe des Pfandes aufgelaufenen Zinsen, so wie des Beitrages zu den Auktions-Kosten verbliebenen Ueberschuß gegen Quittung und Rückgabe des Pfandscheins in Empfang zu nehmen, widrigenfalls die betreffenden Pfandscheine mit den daraus begründeten Rechten der Pfandgeber als erloschen angesehen und die verbliebenen Ueberschüsse der städtischen Armen-Kasse zum Vortheile der hiesigen Armen überwiesen werden.

Breslau den 23. Juli 1850.

Der Magistrat
hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Bier-Galle.

Die Presse läßt wenig unerwähnt, besonders macht sie seit dem famösen Jahre 1848 viel in Politik. Dennoch ist ihr bisher nicht eingefallen, die gemeinwiderlich bittere Mischung (Bier genannt) sanitätspolizeilich nothwendig zu beschauern und gebührend abzukladradatschen. Auch die grassirende Vereins-Manier hätte ihr Streben längst schon diesem nützlichen Gegenstande zuwenden sollen; aber auch sie hat noch nicht daran gedacht, und es ist daher hohe Zeit, da die Behörde nicht einschreitet, daß sich zum allgemeinen Wohl zahlreiche Vereine wie einst gegen den Branntwein, nun auch gegen die Biergalle bilden, deren Aufgabe es ist, möglichst lange (Schreiber dieses thut es schon über 4 Jahre) kein bitter schmeckendes Gebräu zu genießen; da der Fehler weniger im verdorbenen krankhaften Geschmack der Konsumenten, als vielmehr in der Absicht der Fabrikanten zu liegen scheint, das Getränk durch Hinzuthun zu vielen Hopfens (wer lacht?) länger zu konserviren; sonst würde das Bier noch eben so angenehm schmackhaft und ohne alle Bitterkeit wie vor einigen Jahren das Förstersche (Hintermarkt und Bischofsstraße), zu bekommen sein; wo es aber seitdem so bitter ist, wie hier überall. Hat das Leben nicht schon Bitterkeit genug an sich, um es erst noch auf so abscheuliche Weise zu vergällen? Bier ist nicht zum Nippen wie Wein oder Medizin, sondern um es zur Erfrischung, Stärkung, gegen Durst in vollen Zügen zu trinken; was aber beim jetzigen Saft eine starke Natur kaum vermögen wird, ohne dem Spender gleich oberwärts alles wieder [illegible] zu lassen. Berliner Weißbier, das hier verkauft wird, wäre brauchbar, wenn es nicht nach Rauch und säuerlich schmeckte. Schweres Bier ist Schlamm in die Adern. Was hat der Preuße [illegible] dem in Hessen doch so verrufenen Baier, [illegible] ein Bock- oder Schafbier für Kuffenreiter [illegible] oder Supper schlecht nachzuäffen, bis ihn[illegible] dabei wird wie jenem Baier, der nach 1[illegible] oder mehr noch vertilgten Klößen, sich ver[illegible]giftet wähnte, und ist in Ermangelung eines [illegible] wohlschmeckenden Trankes, Wasser, oder Wasser mit etwas Rothwein, nicht weit gesünder und besser? Das sicherste Mittel gegen solchen Bierunfug ist demnach: „Enthaltsamkeit,“ und es wird dann wieder, da der Brauer gewöhnlich kein Apotheker ist, ein brauchbares Getränk, wie noch vor 4 Jahren, geleistet werden. Denn wer kennt nicht die ungestüme Presserin, die Noth, der nicht mit leeren Worten abgeholfen ist, nicht mit Figuranten, die die That will, nicht das Zeichen. —ch.

Futter-Kleie ist billig zu kaufen, Schmiedebrücke Nr. 45.

Zu vermiethen

sind Ostern d. J. Tauenzienstraße Nr. 79 drei Treppen zwei sehr freundliche Zimmer mit oder ohne Möbel. Näheres daselbst (links).

Bekanntmachung.

Die General-Versammlung der Mitglieder der Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft zu Erfurt wird den 3. März d. J.

im Gasthofe zum Schlehendorn hierselbst abgehalten werden. Indem wir dies statutgemäß veröffentlichen und zu zahlreicher Theilnahme die Mitglieder einladen, bemerken wir, daß außer der Vorlage der Schlußrechnung von 1850, Beschluß zu fassen sein wird über

1) einige Schädendifferenzen zwischen Mitgliedern und dem Direktorium,
2) veränderte Fassung des § 2, 13, 37, 61,
3) ist die nach § 32 nöthige Wahl vorzunehmen.

Erfurt, am 28. Januar 1851.

Das Direktorium der Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft daselbst.

Steuber. Schmalfuß.

☞ In der Buchhandlung von **Wilh. Jacobsohn u. Comp.,** Kupferschmiedestr. 44, sind antiquarisch vorräthig: Kirchhof's landwirthschaftl. Konvers.-Lexik., 9 Bde., statt 18 Rtl. f. 9 Rtl. Schubarth's techn. Chemie, 3 Bde., statt 12 Rtl. f. 5 Rtl. Runge's Farben-Chemie, oder die Kunst zu färben, 1842, statt 5 Rtl. f. 2 Rtl. Duflos, Chem. Apothekerb., 2 Bde., 1847, statt 7½ Rtl. f. 5 Rtl. Pouillet-Müller's Physik und Meteorologie, 2 Bde., 1847, f. 4½ Rtl. Wimmer's Flora von Schlesien, f. 2 Rtl. Büffon's Naturgesch., sammt d. Ergänz., nach Cuvier, 9 Bde. m. Kupf., statt 30 Rtl. f. 9 Rtl. Littrow, die Wunder des Himmels, eleg. geb., f. 2 Rtl. Bloxam, Kirchenbaukunst, mit 56 Fig.-Taf., 1847, 1½ Rtl. Romberg, Form und Konstruktion der Feuerung ersparenden Oefen, Kochheerde, Kamine und Bratöfen, 1839, f. 1 Rtl. Schmidt, die Porzellanmalerei und Vergoldung, 2 Theile, ¾ Rtl. Eine Samml. von guten Werken über Seiden- und Baumwollfärberei, Kattun- und Zeugdruck.

Niederschlesische Zweigbahn.

Die **Zinsen** auf die Coupons Nr. 6 unserer 4⅓- und 5procentigen Prioritäts-Obligationen und Nr. 5 unserer Prioritäts-Stamm-Aktien können

vom 20. März d. J. ab in unserer Hauptkasse hier,

gegen Aushändigung der betreffenden Coupons und eines Verzeichnisses derselben, in Empfang genommen werden. Glogau, den 4. Februar 1851. **Die Direktion.**

Düsseldorfer

Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft für See-, Fluß- und Land-Transport,

in Düsseldorf,

Grund-Kapital 500,000, event. **eine Million Thaler preuß. Crt.**

und

Niederländ. Allgem. Versicherungs-Gesellschaft

in Tiel,

Grund-Kapital 1,650,000 Gulden holländisch Courant,

(außer den beiderseitigen bedeutenden Reserve-Fonds)

Associirt

laut Vertrag vom 6. Mai 1850, welcher bestätigt ist durch Urkunden Sr. Majestät des Königs von Preußen vom 4. September 1846 und Sr. Majestät des Königs der Niederlande vom 30. Mai 1845.

Wir beehren uns hierdurch ergebenst anzuzeigen, daß wir von heute ab unsere Wirksamkeit auch auf den Osten der Monarchie ausdehnen und den Kaufmann Herrn **N. P. Nathan** in **Breslau** die Agentur daselbst mit der Bevollmächtigung übertragen haben, selbstständige Versicherungen für uns abzuschließen, die Policen zu vollziehen, und über den Empfang der Prämien gültig zu quittiren.

Düsseldorf, den 15. November 1850.

Die Verwaltung.

Baum. Cramer. Euler. v. Reuchlin. Windscheid. Blanckarts, Direktor.

Unter Bezugnahme auf vorstehende Bekanntmachung verfehle ich nicht, mich hierdurch zu recht häufigen Versicherungs-Aufträgen auf das Angelegentlichste zu empfehlen, und werde ich stets bereit sein, jede gewünschte Auskunft zu ertheilen.

Breslau, den 1. Februar 1851.

Die Haupt-Agentur:

N. P. Nathan, Hummerei Nr. 1.

Königs-Wasch- und Bade-Pulver,

in Schachteln mit Gebrauchsanweisung 2½ Sgr.

das billigste und vorzüglichste Waschmittel, um die Haut bis in die innersten Pores zu reinigen, derselben nach kurzem Gebrauche einen schönen weißen Teint zu verleihen und selbst der rauhesten Haut ein zartes Aussehen zu geben.

Sehr billiges, praktisches Rasirpulver,

die Schachtel 3 Sgr., welches einen reichlichen, stehenden Schaum erzeugt, das Barthaar sehr erweicht und das Rasiren um Vieles erleichtert, erhielt in Kommission und offerirt:

S. G. Schwartz, Ohlauerstraße Nr. 21.



Schweizer-Pflanzen-Saft.

ärztlich geprüft und begutachtet,

als das vorzüglichste und erprobt heilsamste Produkt gegen Husten, Heiserkeit, Reizungen in den Luftröhrwegen, besonders bei tiefeingewurzelten Hals- und Brustbeschwerden, sowie Lungen-Uebeln. Zur Belebung und Erhaltung der Stimme, namentlich für Sänger und Personen, welche viel sprechen müssen, als: Lehrer, Redner 2c.

Preis à Ballon 25 Batzen oder 1 Thlr. preuß. Courant.

Entrepôt - Générale
pour toute l'Allemagne
chez: Eduard Gross à Breslau.

Anzeige. Die Schachtel- und Kruken-Glanz-Wichs-Fabrik von Julius Hahn in Magdeburg empfiehlt sein als anerkannt bestes Fabrikat
in Schachteln ½ für 1 Rthlr. 350 Stück
in Schachteln ¼ für 1 Rthlr. 175 Stück
Kruken von jedem beliebigen Inhalt zur gefälligen Abnahme. Um geneigte Aufträge bittet

Julius Hahn in Magdeburg,
Breite Weg Nr. 158, in der Hofapotheke.

Zuchtschafe- und Mastvieh-Verkauf.

1. Bei dem Dominium Trembatschau, Polnisch-Wartenberger Kreises, sind 100 Stück noch zur Zucht taugliche Mutterschafe zu verkaufen. Dieselben sind mit eigenen Sprungböcken belegt. Die hiesige Heerde zeichnet sich durch großen Körperbau und Wollreichthum aus. Der Preis der Wolle ist seit mehreren Jahren durchschnittlich pro Centner 100 Thaler gewesen und ist die Heerde frei von allen Erbübeln. Die Schafe können nach der Schur abgeholt werden.
2. Daselbst stehen auch zum Verkauf 16 Stück ausgemästete Ochsen, so wie 12 Stück Kühe und Kalben. Und
3. wird dahin zu Termin Ostern d. J. ein Käsefabrikant gesucht, der sich über seine Qualifikation auszuweisen hat.

Mühlen-Verkauf.

Die mit drei Gängen versehene Wassermühle zu Schillermühl an der Weistritz, Kreis Breslau, ¾ Meilen außerhalb Lissa, ist aus freier Hand ohne gegenseitige Verpflichtungen zu verkaufen. Dieselbe würde sich ihres Wasser-Reichthums wegen und ihrer Lage nach, 2 Meilen von Breslau, zwischen der Niederschlesischen und der Freiburger Eisenbahn, zu einer Fabrik-Anlage ebenfalls eignen.

Kaufbedingungen sind auf dem Wirthschafts-Amt zu Groß-Gohlau, dicht bei Schillermühl, zu ersehen.

Verloren wurde Dienstag den 4. d. M. in den Nachmittagsstunden auf dem Ring oder den angrenzenden Straßen ein auf Pappe gezogener Preis-Kourant und einige in demselben befindliche Papiere, die nur für den ursprünglichen Besitzer Werth haben. Abzugeben gegen eine Belohnung von 3 Thalern, Tauenzienstraße Nr. 24, par terre.

Eine Wiener Chaise mit eisernen Achsen, mit Vorderdeck und allem Zubehör, auch Reisekoffer wenn es gewünscht wird, im besten Zustand, ist zu verkaufen. Näheres bei dem Sattler Beyer, Schuhbrücke No. 15.

Holz-Verkaufs-Bekanntmachung.

Am Dienstag **den 11. Februar d.** von 10 Uhr ab sollen in dem Kretscham des Gastwirth Schilde zu Grochowe circa 700 Stämme kiefern Bauholz aus dem Schutzrevier Grochowe und am Mittwoch den 12. Febr. d. von 10 Uhr ab sollen in der Brauerei zu Polnisch-Hammer circa 400 Stück kiefern Bauholz aus dem Schutzrevier Brische der königl. Oberförsterei Katholisch-Hammer öffentlich meistbietend verkauft werden.

Kuhbrück, den 5. Februar 1851.

Königl. Forst-Verwaltung.

Verkauf eines Pferdes.

Es soll auf den 10ten d. M., Vormittags 10 Uhr, auf dem Markt zu Kanth ein Train-Pferd, Wallach, braun, 6 Jahr alt, 5 Fuß 3 Zoll groß, an den Meistbietenden gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden.

Kant.-Quartier Kanth, den 5. Februar 1851.

Das Kommando
der königl. Proviant-Kolonne Nr. 29.

Kaufgesuch von Gütern.

Einige preiswürdige Güter in guten Lagen Schlesiens werden bis 200,000 Thlr. theils baar, theils in Tausch gesucht. Bezügliche portofreie Offerten mit treuer Beschreibung der Lage und Beschaffenheit des Objektes wollen die Herren Besitzer an Herrn **Otto Börner** in **Breslau,** oder auch **G. F. Helm,** Scheffelgasse Nr. 25 in **Dresden** gelangen lassen, worauf weitere Verhandlung mit dem letztgenannten Beauftragten schriftlich, auch mündlich eintreten wird, und strenge Diskretion dabei versichert wird.

Für Schneidermeister.

Wenn ein oder mehrere Schneidermeister in Kompagnie ein Kleidergewölbe anlegen wollen, so kann ich ihnen ein solch vortheilhaftes **Gewölbe** nachweisen, wo sie nicht allein tägliche Verkaufsgeschäfte, sondern auch eine feste Kundschaft gewiß haben.

Jüngling, Ohlauerstraße Nr. 38.

Mein auf der Wohlauerstraße Nr. 11 gelegenes Haus nebst Stallung, Wiese und Acker 2c., welches sich zu jedem Geschäft eignet, bin ich gesonnen ohne Einmischung eines Dritten sofort unter annehmbaren Bedingungen zu verkaufen.

Auras, den 7. Februar 1851.

A. Bergmann.

Der Wirthschafts-Beamten-Posten des Dominium Mittel-Langen-Oels ist vergeben.

Gummischuhe u. Gesundheits-Sohlen, welche die Füße stets warm und trocken halten und nicht naß werden lassen, empfehlen **Hübner u. Sohn,** Ring 35, eine Treppe.

Cottillon-Orden

und **Cottillon-Kleinigkeiten** empfehlen **Hübner u. Sohn,** Ring 35, eine Treppe. Auswärtigen senden wir solche nach vorhergegangener Berichtigung postfrei zu.

Ein großer Obst- und Gemüse-Garten, wo auch Brenn- und Bauholz, Kohlen u. dergl. aufgestapelt werden können, ist vermieth- und sofort beziehbar. Näheres Ring 35, im 1. Stock.

Tauf- u. Konfirmations-Denkmünzen in Gold und Silber empfehlen **Hübner u. Sohn,** Ring 35, eine Treppe.

Offene Milchpacht

von 40 Holsteiner Kühen Term. Ostern d. J in Klein-Gandau bei Breslau.

Zu vermiethen

eine freundliche Wohnung und eine geräumige Remise, am Neumarkt Sandstraße Nr. 1.

Eine Partie

weißer **Zucker-Runkelrüben-Saamen,** 1850er Erndte, jedoch nur von Züchtern, wird zu kaufen gesucht. Proben mit Preisbestimmung und Angabe des abzulassenden Quantums übernimmt

Herrmann Hainauer,
Breslau, Ohlauerstraße Nr. 80.

Verpachtungs-Anzeige.

Die Tanz- und Kaffeeschank-Gelegenheit Matthias-Straße Nr. 93 (goldene Sonne) kann sofort verpachtet werden. — Das Nähere beim Kommissionsrath **Hertel,** Seminargasse Nr. 15.

Ein moderner einthüriger Schrank von Zuckerkistenholz steht billig zu verkaufen beim Tischlermeister Herrn Beckmann, Neuewelt-Gasse Nr. 37, 1 Treppe hoch.

Holsteiner und Ostender Austern, frische Trüffeln bei Gustav Scholtz.

Schweidnitzerstr. Nr. 50, Ecke der Junkernstr.

Holsteiner u. Colchester Austern bei Lange u. Comp.

Ein großes schwarzes Spitzentuch ist Dienstag den 4. gegen Abend auf dem Salvatorplatz verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird ersucht, dasselbe gegen Belohnung, Salvatorplatz Nr. 6, 3 Treppen hoch, abzugeben.

Doppelt raff. Rüböl

in bisheriger vorzüglicher Qualität ist zu zeitgemäßen Preisen in allen Quantitäten Blücherplatz Nr. 6 u. 7 zu haben.

Gummischuhe reparirt billigst K. Haupt, Schuhmachermeister, Stockgasse Nr. 13.

Karlsplatz 6 ist die zweite Etage zu Ostern zu vermiethen. Das Nähere daselbst zu erfragen.

Fremdenliste von Zettlitz's Hôtel.

Graf Plater aus Wroniawy. Auskultator v. Milzynski aus Dombrowa. Gutsbes. von Spiegel aus Schurgast. Gutsbes. v. Spiegel und Baron v. Lyncker aus Dammer. Gutsbes. Graf v. Branicki aus Petersburg. K. Oberst v. Bether aus Wien. Kaufm. Gomel aus Leipzig. Kaufm. Rouviere aus Berlin.

Markt-Preise.

Breslau am 7. Februar 1851.

	feinste,	feine,	mit.,	ordin. Waare	
Weißer Weizen	54	52	50	47	Sgr.
Gelber dito	53	51½	49	47	„
Roggen . . .	42	41	39	38	„
Gerste . . .	30	28	27	26	„
Hafer . . .	24⅓	23	22½	22	„
Rothe Kleesaat	12⅓	11½	10½	8—9 Rtl.	
Weiße Kleesaat	—	11½	10	7—8 Rtl.	
Spiritus . .	6 5/12 Rtl. bez.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.

Rüböl 11 1/12 Rtl.

Von Zink 1000 Ctnr. loco zu 4 Rtl. 14 Sg. verkauft.

6. und 7. Febr.	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27"7,63"'	27"8,30"'	27"9,27"'
Thermometer	0,0	+ 0,5	+ 2,0
Windrichtung	S	WNW	NW
Luftkreis	trübe	bed. Schnee	bedeckt

Fahrplan der Breslauer Eisenbahnen.

Abg. nach / Ank. aus	Oberschles.	Pers.-Züge	7 Uhr, 2 Uhr; nach Oppeln 5 Uhr 40 M. Abends. / 3 U. 30 M., 8 U. 20 M. Abd.; von Oppeln 9 U. 45 M. Mrg.	
Abg. nach / Ank. von	Berlin	Pers.-Züge	8¼ U. M., 5¾ U. NM. / 10½ U. M., 7 U. Ab.	Güter-züge: 7 U. M., 11¾ U. V Mit. / 9 U. M., 6½ U. NM.
Abg. nach / Abg. von	Freiburg		8 Uhr Mrg., 1 U. 30 Min. Nachm. / 6 Uhr 30 Min., 4 U. Nachmittags.	
Abg. von	Schweidnitz		nach Breslau 6 U. 20 M. Mrg., 3 U. 50 M. Nchm. / nach Freiburg 2 U. 40 M.; von Königszelt nach Schweidnitz 4 U. 20 M.	

Außer der Sonn- und Feiertage geht täglich 3 Uhr 15 Min. von Breslau nach Freiburg ein Güterzug, welcher auch Personen befördert.

Börsenberichte.

Breslau, 7. Februar. **(Amtlich.)** Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 95¼ Br. Kaiserliche Dukaten — — Friedrichsd'or 113⅝ Br. Louisd'or 108½ Br. Polnisch Courant 94⅚ Br. Oesterreichische Banknoten 79¼ Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 128 Gl. Freiwillige preuß. Anleihe 106 11/12 Br. Neue Staats-Anleihe 4½% 100⅚ Br. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rtl. 3½% 85 5/12 Br. Breslauer Stadt-Obligationen 4% 99 Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 101½ Gl., neue 3½% 90⅔ Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthlr. 3½% 95⅚ Br., neue schlesische Pfandbriefe 4% 101¼ Gl., Litt. B. 4% 101½ Gl., 3½% 92 Br. Alte polnische Pfandbriefe 94¼ Gl., neue 93⅚ Gl. Polnische Schatz-Obligationen 79 Gl. Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. — — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 73¾ Gl., Priorität 4% — — Oberschlesische Litt. A. 113 Gl., Litt. B. 107¾ Gl. Krakau-Oberschlesische 74⅔ Gl. Niederschlesisch-Märk. 83⅓ Br., Priorität 5% 104¾ Br. Serie III. 103½ Br. Neisse-Brieger 38 Gl. Köln-Mindener — — Priorität 103¼ Gl. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 38 Br.

Berlin, 6. Februar. Die Börse war heute nicht animirt und der Schluß derselben bei im Allgemeinen wenig veränderten Coursen größtentheils matter.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½% 98⅛ bez., Priorität 5% 103½ Gld. Krakau-Oberschlesische 4% 75 à 74¾ bez. und Gld., Priorität 4% 85 Gld. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 38 à 37⅝ bez., Priorität 5% 95¼ Gld. Niederschlesisch-Märkische 3½% 82¾ bez. und Gld., Priorität 4% 94⅞ bez., Priorität 5% 103¾ Gld., Serie III. 5% 103¼ Gld. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% — — Oberschlesische Litt. A. 3½% 113¼ bez., Litt. B. 3½% 108 Gld. — Geld- und Fond-Course. Freiwillige Staats-Anleihe 5% 106½ Br. Staats-Schuld-Scheine 3½% 84¼ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 128 bez. Posener Pfandriefe 4% 101¼ Gld., 3½% 90⅞ bez. Preußische Bank-Antheile 97 à 96¾ bez. und Br. Polnische Pfandbriefe alte 4% 94½ Gld., neue 4% 94¼ Gld. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4% 81½ Gl. à 300 Fl. 142 Gld.

Wien, 6. Februar. Auf fortgesetzte höhere Notirungen vom Auslande und holl. Aufträge waren vorzüglich 5% Metall. und Bankaktien begehrt. Auch Loose v. 1839, Mailänder und besonders Oedenburger E.-A., sowie Como-Rentenscheine sind bedeutend höher gegangen. Lomb. Schatzscheine zur Notiz begehrt und fehlend. Anleihen zu haben und zu lassen. Comptanten und Wechsel sind abermals um ¼ bis ½ % zurückgegangen.

5% Metalliques 97, 4½% 84 15/16; Nordbahn 123¾: Hamburg 2 Monat 190½; London 3 Monat 12. 36.; Silber 129⅝.

Druck und Verlag von Graß, Barth u. Comp.

Redakteur: Nimbs.